

Wahlprogramm
zur Landtagswahl 1990
der Freien Demokratischen Partei
Landesverband Nordrhein-Westfalen

„Liberale Politik für Nordrhein-Westfalen“

(Beschlossen auf dem Landesparteitag
in Köln am 25. März 1990)



LIBERALE POLITIK
FÜR
NORDRHEIN - WESTFALEN

*Beschluss
der Delegierten des 43. o. Landesparteitages
am 25. März 1990 in Köln*

*Herausgeber:
F.D.P.-Landesverband Nordrhein-Westfalen
Sternstraße 44, 4000 Düsseldorf 30*

*Verantwortlich:
Dr. Achim Rohde, MdL
Haus des Landtags, 4000 Düsseldorf 1*

**Programm zur
Landtagswahl 1990**

I N H A L T

<i>PRÄAMBEL</i>	5
<i>NRW FIT MACHEN FÜR EUROPA</i>	9
<i>Schwerpunkt: WIRTSCHAFT</i>	12
<i>Schwerpunkt: ENERGIEPOLITIK</i>	15
<i>Schwerpunkt: BESCHÄFTIGUNGSPOLITIK</i>	18
<i>Schwerpunkt: SCHULE</i>	19
<i>Schwerpunkt: BERUFLICHE AUS- UND WEITERBILDUNG</i>	23
<i>Schwerpunkt: WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG</i>	26
<i>Schwerpunkt: UMWELTPOLITIK</i>	34
<i>Schwerpunkt: LANDWIRTSCHAFT</i>	41
<i>Schwerpunkt: SOZIAL- UND GESUNDHEITSPOLITIK</i>	46
<i>Schwerpunkt: STÄDTEBAU, WOHNUNGSPOLITIK UND LANDESPLANUNG</i>	49
<i>Schwerpunkt: VERKEHRSPOLITIK</i>	52
<i>Schwerpunkt: KOMMUNALPOLITIK</i>	56
<i>Schwerpunkt: INNENPOLITIK</i>	59
<i>Schwerpunkt: RECHTSPOLITIK</i>	63
<i>Schwerpunkt: JUGENDPOLITIK</i>	64
<i>Schwerpunkt: GLEICHSTELLUNG VON MANN UND FRAU</i>	66
<i>Schwerpunkt: MEDIENPOLITIK</i>	69
<i>Schwerpunkt: KULTURPOLITIK</i>	71
<i>Schwerpunkt: SPORT- UND FREIZEITPOLITIK</i>	73
<i>Schwerpunkt: HAUSHALT UND FINANZEN</i>	76

PRÄAMBEL

Die F.D.P. ist die Partei der Freiheit und Selbstbestimmung.

Die F.D.P. ist die politische Mitte in unserem Land.

Die F.D.P. ist die Partei sozialer Verantwortung.

Wir Liberalen haben das richtige Konzept für eine Gesellschaft weltoffener Bürger,

- die sich dem internationalen Wettbewerb stellt,*
- die in der Lage ist, unsere ökologischen Probleme zu lösen,*
- die in der Lage ist, Einkommen zu sichern und Arbeitsplätze zu schaffen,*
- die in der Lage ist, unsere sozialen Sicherungssysteme zu finanzieren.*

Wir Liberalen sind die Partei der modernen und menschlichen Industriegesellschaft.

Der europäische Integrationsprozeß, die Veränderungen in Osteuropa, insbesondere in der DDR, die wirtschaftliche und technische Dynamik sowie die Endlichkeit und Gefährdung der Natur und des Lebensumfeldes in NRW machen liberale Politik für NRW notwendig denn je.

Die F.D.P. ist die Partei der zukunftsorientierten Ideen.

Zukunftssicherung ist mehr als nur wirtschaftliches Wachstum. Gerade eine reiche Gesellschaft muß vorbildlich mit ihrer Zukunft umgehen. Machen wir uns dabei nichts vor: Immer komplexer werdende Aufgaben vertragen weder einfache konservative Rezepturen, noch sozialistisch eingefärbte, ideologische Scheuklappen.

Die F.D.P. will verantwortungsvoll an der Vision einer lebendigen und freien Gesellschaft in NRW arbeiten. Dabei wird der Interessenausgleich von Wirtschaft, Natur und sozialer Gerechtigkeit im Mittelpunkt unserer Politik stehen. Neben sozialer Hilfestellung für Bedürftige

wollen wir hierfür Technik und Fortschritt einsetzen, statt sie zu verteufeln.

Die F.D.P. ist die Partei der schöpferischen Dynamik.

Die F.D.P. vertraut der schöpferischen Dynamik der Wirtschaft und des Marktes. Sie ist die leistungsfähige Grundlage für Umweltverantwortung und soziale Gerechtigkeit. Nur so kann soziale Stabilität und gesellschaftlicher Frieden verwirklicht werden.

Die F.D.P. ist die Partei der Verantwortung für das Ganze.

Politik kann nur erfolgreich sein, wenn sie bei der Zukunftsbewältigung mehr Kompetenz entwickelt. Die F.D.P. bietet keine Patentrezepte. Sie vertraut auf das eigenständige Denken, den Sachverstand und die Kreativität der Bürger. Die F.D.P. will selbst, aber auch in und mit allen gesellschaftlichen Gruppen

- Teamarbeit stärken und
- die individuellen Fähigkeiten fördern und nutzen.

Dabei kommt es nicht darauf an, jedem nach dem Munde zu reden, um sich so vor politischen Entscheidungen zu drücken. Es kommt darauf an, mit Gelassenheit, Kompetenz und Energie das Notwendige zu tun.

Die F.D.P. ist die Partei der leistungsorientierten Aus- und Weiterbildung.

Die F.D.P. wird mit ihrer zukunftsorientierten liberalen Politik neben der notwendigen Infrastruktur insbesondere Bildung, Intelligenz und Kreativität fördern, die für Innovationen nötig sind. Staatliche Erziehung sollte frei von Erziehungsideologien angeboten werden. Auch hier gilt das Prinzip des Wettbewerbs, der allein faire Chancen einräumt.

Die F.D.P. ist die Partei der Toleranz.

Toleranz heißt für uns Liberale aber keinesfalls stumme Duldung von Machtmißbräuchen in Wirtschaft, Gesellschaft, Politik und Verwaltung. Die F.D.P. war, ist und bleibt unduldsam gegenüber staatlicher Gängelung und Bevormundung, gegenüber bürokratischer Einschnürung und Untertanentum.

Politiker müssen wieder zuhören können, die Lebenserfahrung anderer achten und den Umgang miteinander kultivieren. Das gesellschaftliche Engagement der Liberalen fordert ein entschiedenes Eintreten für die Freiheit des einzelnen und die Freiheit von Minderheiten. Das bedeutet, wir kämpfen entschieden gegen bürokratische Verkrustungen und parteipolitisches Versorgungsdenken.

Parteipolitik darf nicht zum Selbstzweck werden. Weder die solidarische Selbstbedienungspolitik sozialdemokratischer Schuldenmacher noch die christlich-konservative Ideenarmut können NRW entscheidend nach vorne bringen. Die Arbeit der F.D.P. orientiert sich an den Problemen der Bürger.

Die F.D.P. wäre nicht liberal, würde sie behaupten, auf alle Fragen stets die endgültigen richtigen Antworten parat zu haben. Genau dies nehmen wir für uns nicht in Anspruch. Vielmehr ringen wir unablässig um Problemlösungen. Wir versprechen nicht, was wir nicht nach bestem Wissen und Gewissen glauben, verwirklichen zu können.

Die Freiheit des Einzelnen, nur begrenzt von der Freiheit des Mitmenschen, steht an allererster Stelle unserer Werteskala für das individuelle, gesellschaftliche, ökonomische und politische Dasein. So wenig Staat wie nötig und so viel private Gestaltungsfreiheit wie möglich ist unsere Devise.

Der Markt kann aber nicht alles leisten. Nicht alle können marktfähige Leistungen erbringen. Deshalb wollen wir keine Ellenbogengesellschaft, sondern eine

Gesellschaft, die unsere Grundwerte der Menschlichkeit, Nächstenliebe und Geborgenheit achtet.

Wir meinen:

Zur Freiheit gehört Chancengerechtigkeit.

Zur Freiheit gehören Menschlichkeit und Toleranz.

Zur Freiheit gehören Bildung und Kultur.

Zur Freiheit gehört der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen

Zur Freiheit gehört Privateigentum in sozialer Verantwortung.

Zur Freiheit gehört Wettbewerb auf offenen Märkten.

Wir Freien Demokraten sehen uns als Hüter und Bewahrer der sozialen Marktwirtschaft, denn nur sie garantiert den "Anspruch auf Glück", die individuelle Lebensgestaltung und Selbstverwirklichung des einzelnen in der Gemeinschaft.

- Wir sind für Wettbewerb und gegen Monopolbildung.
- Wir sind für eine Reduzierung des Einflusses der Banken auf Staat, Wirtschaft und Gesellschaft.
- Wir sind für Wachstum im vernünftigen Rahmen und unter Rücksichtnahme auf unsere Welt und unsere Lebensbedingungen.
- Wir bleiben der Umweltpartner zur Erhaltung von Natur und Kreatur.
- Wir wollen unsere Umwelt schützen, und wir werden nicht zulassen, daß Umweltsünder nicht zur Verantwortung gezogen werden.
- Wir sind für die Förderung des Strukturwandels und gegen Subventionen, mit denen überaltete Strukturen konserviert werden.

NRW FIT MACHEN FÜR EUROPA

... durch Wettbewerbsfähigkeit

Europa, in dessen Zentrum unser Land Nordrhein-Westfalen liegt, befindet sich im Umbruch. Norden, Westen und Süden des Kontinents bilden ab 1993 einen riesigen offenen Binnenmarkt. Im Osten geschehen Umwälzungen hin zu mehr Freiheit, mehr Pluralität, mehr Demokratie, mehr ökonomischer Freiheit. Das Unternehmen Europa '92 bringt wie ein Brennglas die Ziele unserer Wirtschaftspolitik auf einen wichtigen Punkt: Wettbewerbsfähigkeit. Nur so ist Europa auch attraktiv für die DDR und für die anderen Staaten des "Ostblocks".

Zur Förderung dieses Wettbewerbs zählen wir vor allem:

- eine weitere Liberalisierung des öffentlichen Beschaffungswesens,
- Herabsetzung der direkten Unternehmenssteuern,
- Schaffung eines einheitlichen europäischen Aktienrechts,
- Verhinderung der Außenabschottung des EG-Raumes.

... durch mehr Wissen

Der Strukturwandel im Standort Nordrhein-Westfalen muß angesichts des nach 1992 offenen EG-Binnenmarktes mit dem dann zu erwartenden verschärften Wettbewerb beschleunigt werden. Ökonomie und Ökologie müssen zusammengebracht werden, da anspruchsvolle Industrien einen hohen Umweltanspruch haben.

Nordrhein-Westfalens Menschen müssen sich fit machen für Europa. Bildungs- und Ausbildungswesen müssen in NRW befreit werden von den Fesseln sozialdemokratischer Klassenkampfidologie.

Wirtschaft, Forschung und Hochschulen müssen Freiräume für Kooperationen bekommen. Gemeinsame Projekte sollten die Regel, nicht die Ausnahme sein.

... durch Nutzung von Fleiß und Können

Die Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen schmeckt auch uns nicht. Deshalb muß die Politik in NRW besser werden, damit die Arbeitslosenzahlen abgebaut werden können. Das setzt veränderte politische Rahmenbedingungen voraus:

- Förderung der Bereitschaft der Bürger, höhere Qualifikationen zu erwerben,
- zurückhaltende und differenzierte Lohnpolitik,
- Senkung der Steuern, die den Arbeitsplatz verteuern,
- flexible Arbeitszeitregelung,
- mehr Teilzeitbeschäftigungen,
- Absage an Arbeitszeitverkürzungen - die natürlichen Arbeitsplatzkiller,
- mehr Aufklärung und Ausbildung zu Fachkräften. Sie haben eine gute, wirtschaftliche Zukunft.

... durch Disziplin bei den Ausgaben

Priorität hat der Abbau der immensen Verschuldung des Landes. Das Abtragen des NRW-Schuldenberges verlangt größte Anstrengungen und Opfer - individuell und in der Gesamtbevölkerung.

Wir Liberalen wissen, daß dies angesichts des SPD-Schlendrians in den vergangenen Jahrzehnten nicht binnen kurzer Zeit zu schaffen ist. Es hat sich einmal mehr bewahrheitet, daß die SPD nicht mit Geld umgehen kann.

Die F.D.P. wird mit Vernunft und Augenmaß für solide Finanzverhältnisse sorgen. Das Schuldenproblem muß angepackt werden, denn schon heute leben wir auf Kosten unserer Kinder und Kindeskinde. Das gilt auch für den Umweltschutz.

... durch eine gesunde Wirtschaft, die soziale Sicherheit garantiert

Wir Liberalen halten eine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik nach wie vor für die beste Sozialpolitik.

Soziale Verantwortung heißt bei uns: Absichern der sozial Schwachen, ihre Situation insbesondere durch Hilfe zur Selbsthilfe verbessern.

Das setzt voraus, die Leistungsträger in der Wirtschaft so zu motivieren, daß sie ein festes, finanzierbares Fundament für soziale Aufgaben schaffen und Sicherheit gewährleisten.

Ungeeignet sind Parolen, die sozialen Neid produzieren, wie das Gerede von der "Neuen Armut" und die Verteufelung von Unternehmensgewinnen.

Wir, die F.D.P., sind für eine gerechte Verteilung, aber nicht für Gleichmacherei.

Die Bundesrepublik Deutschland ist Spitze. Eine ganze Reihe von Wettbewerbsqualitäten gegenüber ihren Konkurrenten in der Welt, gegenüber ihren Wettbewerbern in Europa, aber auch gegenüber den Vereinigten Staaten und Japan bezeugen dies.

Das muß so bleiben. Daran gemessen hat NRW politischen Nachholbedarf.

Deshalb wollen wir:

- geringere Unternehmensbelastung,
- niedrigere Arbeitskosten,
- vertretbare Energiekosten,
- Abbau von Überregulierungen.

Die Bürger von NRW sind leistungsfähig und leistungswillig. Man muß sie nur lassen.

Wir gehen davon aus, daß die Bürger der heutigen DDR auf unserem Weg nach Europa einbezogen werden.

SCHWERPUNKT: WIRTSCHAFT

Die Lage:

Die größte wirtschaftspolitische Herausforderung der nächsten Jahre stellt die Einigung Deutschlands und Europas dar. Unsere Unternehmen in NRW werden sich dabei nicht nur mit den neuen Konkurrenten aus Portugal, Spanien und Griechenland mit jeweils niedrigeren Löhnen und niedrigeren Umweltschutzkosten auseinandersetzen zu haben, sondern vor allem auch mit den Vereinigten Staaten, mit Japan, Korea und anderen bedeutenden Industrienationen, die in der EG Niederlassungen, Montagebetriebe und Produktionsstätten errichten.

Nordrhein-Westfalen im Herzen der EG hat gute Startchancen. Das größte Kapital sind qualifizierte und motivierte Arbeitnehmer und verantwortungsbewußte, engagierte Arbeitgeber.

Die Behörden, die Bürokratie, müssen ein positives Zusammenwirken mit Unternehmen anstreben. Betriebe und Selbständige dürfen nicht großer Dienstleister von Finanzbehörden und Versicherungsträgern sein. Entlastung ist angesagt. Die Entrümpelung von Gesetzen und Verordnungen ist durch die Politik zu leisten.

Die liberale Perspektive

Wir Freien Demokraten wollen weniger Bürokratie. Wir wollen mehr Freiheit für verantwortungsvolle Bürger und Unternehmen.

Die F.D.P. wird darauf achten, daß bei neu zu regelnden Sachverhalten keine unnötige staatliche Gängelung entsteht.

Für die F.D.P. ist zeitgemäße Gewerkschaftsarbeit unverzichtbar. Sie darf sich dabei nicht an überholter Klassenkampfideologie orientieren, sondern muß sich den Erfordernissen neuer technologischer und gesellschaftlicher Entwicklungen positiv stellen. Dabei hat sie sich auf ihre originären Aufgaben als Arbeitnehmervertretung zu konzentrieren. Gewerkschaften taugen nicht als

Unternehmen: Wie bei der Neuen Heimat und coop bewiesen wurde. Gerade in NRW. Und die SPD wußte davon.

Die F.D.P. ist für eine konsequente Privatisierung, ausgenommen ein notwendiger Kern staatlicher Infrastruktur. Im Land und in den Kommunen setzen wir auf private Unternehmen sowie auf die Zulassung privater Beteiligungen an öffentlich-rechtlichen Sparkassen. Eine Erhöhung der Staatsquote, wie sie die SPD fordert, ist mit der F.D.P. nicht zu machen.

Wir wollen weniger Staat. Deshalb treten wir für den konsequenten Abbau bei der Beteiligung von Land und Kommunen an Unternehmen ein, wie z.B. bei

- der West-LB,
- der Deutschen Lufthansa,
- den Flughafengesellschaften,
- den Messegesellschaften,
- den Landesentwicklungsgesellschaften,
- den Unternehmen der Wohnungswirtschaft,
- den Entsorgungsunternehmen,
- den Versorgungsunternehmen.

Mehr Markt - weniger Staat.

Im Vorgriff auf den Europäischen Binnenmarkt 1993 hat bereits heute ein Wettbewerb der Steuersysteme eingesetzt. In Großbritannien ist der Körperschaftsteuersatz auf 35 % und für kleine Kapitalgesellschaften auf 25 % gesenkt worden. Wenn Frankreich diesen Tarif auf 42 % setzt und die Niederlande auf 35 %, so müssen auch in der Bundesrepublik Deutschland, also auch in Nordrhein-Westfalen, die jetzt noch bestehenden Steuersätze erheblich reduziert werden, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Nach der für Arbeitnehmer und Kleinunternehmer notwendigen und durchgreifenden Steuerreform 1990 setzen wir Freien Demokraten uns für eine Unternehmenssteuerreform zum 1.1.1993 ein, die diesen Namen verdient. Wir wollen die Betriebsvermögenssteuer, die Wechselsteuer, die Börsenumsatzsteuer, die Gesellschaftssteuer endgültig abschaffen. Wir wollen die Erbschaftssteuer auf das

Betriebsvermögen halbieren. Wir wollen die Gewerbesteuer, die konjunkturabhängig und wettbewerbsverzerrend ist und vielfach als "Strafsteuer" für die Unternehmer empfunden wird, durch eine Einnahmequelle ersetzen, die gleichwertigen Ersatz schafft, die Selbstverantwortung der Kommunen stützt und eine europäeinheitliche Regelung ermöglicht.

Als ersten Schritt wollen wir zunächst die Maßzahlen der Gewerbeertragssteuer um zwei Punkte senken, die Freibeträge auf DM 72.000,- verdoppeln und diese jedem tätigen haftenden Gesellschafter einer Personengesellschaft gewähren sowie die Hebesätze der Gewerbesteuer an die Hebesätze der Grundsteuer koppeln. Schließlich wollen wir den Körperschaftsteuersatz für einbehaltene Gewinne ebenso wie den Spitzensteuersatz der Einkommensteuer auf 46 % senken. Wer sich für den Abbau von Steuern einsetzt, darf aber nicht vor einem Abbau der Subventionen kapitulieren. Wir Freien Demokraten fordern deshalb grundsätzlich eine zeitliche Befristung aller Subventionen. Als ersten Schritt wollen wir eine lineare Kürzung.

Subventionsabbau stärkt den objektiven marktwirtschaftlichen Ausleseprozeß und wird dem Prinzip der Neutralität der Besteuerung gerecht: Allgemeine niedrigere Steuersätze für alle sind besser als Subventionen für Privilegierte, die aus hohen Steuern für alle finanziert werden.

Wachstum ermöglicht auch die Erfüllung zweifellos wachsender Zukunftsaufgaben, wie der notwendigen Investitionen zum Recycling, zur Abwasserreinigung, zur Vermeidung von Umweltverschmutzung. Hierunter fallen aber auch heute noch nicht quantifizierbare Aufgaben für die gesamtdeutsche Entwicklung, die notwendige Weiterentwicklung neuer Strukturen in den osteuropäischen Ländern und in der Dritten Welt.

SCHWERPUNKT: ENERGIEPOLITIK

Die Lage:

Nordrhein-Westfalen hat als sichere heimische Energiequellen Steinkohle und Braunkohle. Die Kernenergie und die alternativen Energien spielen in NRW nur eine unbedeutende Rolle. Steinkohle und Braunkohle sind aufgrund der Emissionen von Schadstoffen für die Zukunft problematische Energiequellen. Alternative Energien sind nur in Ansätzen vorhanden. Regenerative Energien werden nicht ausreichend gefördert. Die Kernenergie wäre verfügbar, sie hat aber keine Akzeptanz.

Für NRW brauchen wir eine umweltfreundliche, wirtschaftliche und sichere Energiepolitik, die auf drei Säulen ruht: Kohle, Kernenergie und alternative Energien. Das Industrieland Nordrhein-Westfalen muß den Unternehmern und Verbrauchern auch in langfristiger Perspektive den Strom zu wettbewerbsfähigen Preisen bereitstellen und dabei die Umwelt, insbesondere die Atmosphäre und die Gewässer, schonen. Eine langfristig angelegte Energiepolitik muß aber auch die Begrenztheit der fossilen Energieträger ebenso berücksichtigen wie die Möglichkeit, daß das CO₂ zur weltweiten Klimaveränderung beiträgt.

Die liberale Perspektive

Die F.D.P. setzt auf eine Energie- und Umweltpolitik, die eingebettet ist in ein europäisches Konzept zur Beherrschung der globalen Folgen unkontrollierter und verschwenderischer Energieumwandlungen.

Die F.D.P. in NRW fordert deshalb:

- Rückkehr zu der bewährten Formel "Einsatz der Kernenergie und der Braunkohle im Grundlastbereich bei der Stromerzeugung zur Sicherung des Einsatzes deutscher Steinkohle im Mittellastbereich,
- verstärkte Energieeinsparung,
- Nutzung und Förderung der Entwicklung erneuerbarer Energien, wo immer dieses möglich und wirtschaftlich vertretbar ist,

- die Entwicklung von Kraftwerken, die den Energieinhalt der fossilen Energieträger (Steinkohle, Braunkohle) besser ausnutzen (Erhöhung des Wirkungsgrades, Reduzierung von CO₂) ist zu fördern.

Der Anteil regenerativer Energiequellen, wozu z. B. Wind- und Sonnenenergie gehören, an der Energieversorgung ist wegen ihrer hohen Umweltverträglichkeit deutlich zu erhöhen. Die Elektrizitäts-Versorgungsunternehmen sollen verpflichtet werden, den privaten Investoren, die aus regenerativen Quellen Energie gewinnen, die überschüssige, ins Netz eingespeiste Energie abzunehmen und dafür Preise zu zahlen, die über der Brennstoffeinsparung liegen, da langfristiges Ziel zum einen die Förderung der Innovation der privaten Hand, dezentrale, regenerative Energiequellen zu nutzen, und zum anderen die Verringerung von Kapazitäten ist.

Des weiteren müssen in viel größerem Umfang als bisher Energiesparmaßnahmen und Energierückgewinnung, z. B. durch steuerliche Anreize, gefördert werden. Die Verbesserung der Wärmeisolation von Häusern sollte auch langfristig ein Ziel der Energiepolitik bleiben, bis diese Potentiale ausgeschöpft sind. Durch eine Dezentralisierung der Energieversorgung können Verluste durch Transport verringert werden. Gleichzeitig würde der Energienutzungsgrad durch die verbesserte Nutzung von Elektrizität und Wärme wesentlich höher.

Die F.D.P. setzt sich für die Wiederherstellung des energiepolitischen Konsenses aller Parteien ein.

Die F.D.P. ist bereit, auf die Inbetriebnahme des Schnellen Brütters in Kalkar zu verzichten, wenn hierdurch ein energiepolitischer Konsens ermöglicht wird, der den bestehenden Kernkraftwerkspark akzeptiert, die Linie des Hochtemperaturreaktors weiter verfolgt und die Option für die Kernfusion offenhält.

Der Kernpunkt hierfür muß der Verbund von Kernenergie und Steinkohle sein, um die deutsche Steinkohle als Beitrag zur europäischen Sicherheitsreserve zu erhalten. Der

Verbund von Kohle und Kernenergie macht den Einsatz deutscher Steinkohle zur Stromerzeugung erst finanzierbar. Die F.D.P. spricht sich für ein wettbewerbsfähiges Mengengerüst für die deutsche Steinkohle aus. Sie fordert deshalb langfristige, über das Jahr 2000 hinausreichende Abnahmeverträge mit der Stromwirtschaft. Die F.D.P. hält eine weitere Subventionierung in der gegenwärtigen Höhe von ca. 10 Mrd. DM pro Jahr für eine unverträgliche Belastung der Volkswirtschaft.

Wegen der Probleme, die sich aus der Senkung des Grundwasserspiegels beim Braunkohlenbergbau ergeben, fordert die F.D.P., daß neue Abbaufelder nur dann genehmigt werden, wenn die Wasserversorgung und die Erhaltung schützenswerter Feuchtgebiete sichergestellt sind.

Die F.D.P. ist der Auffassung, daß die derzeitige Förderkapazität der Braunkohle in Höhe von 120 Millionen Tonnen pro Jahr zurückgefahren werden kann.

Die Kernenergie kann fossile Energieträger ersetzen und emittiert kein CO₂, das als maßgebliche Ursache für den Treibhauseffekt angesehen wird. Strom aus Kernenergie kann somit umweltverträglich, zum Beispiel auch zur Raumheizung, als Prozeßwärme usw. eingesetzt werden. Für die Bereitstellung von hochwertiger Prozeßwärme zur Erzeugung zukunftssträchtiger Sekundär-Energieträger, wie z.B. Methanol oder Wasserstoff, ist die Linie der Hochtemperaturreaktoren weiter zu entwickeln.

Unter Berücksichtigung der langen Vorlaufzeiten bis zur Betriebsbereitschaft eines Kernkraftwerkes ist spätestens bis Mitte der 90er Jahre eine Entscheidung über den Ersatz der älteren, heute betriebenen Kraftwerke zu treffen, wofür dringend der Konsens zwischen den politischen Parteien gefordert wird.

Die F.D.P. geht davon aus, daß aus Gründen der Versorgungssicherheit und der Umweltvorsorge der Ersatz von Kernkraftwerkskapazitäten nicht alleine durch Kohlekraftwerke erfolgen kann, sondern im wesentlichen wieder durch Kernkraftwerke erfolgen muß. Der Betrieb von

Kernkraftwerken darf nicht an einem fiktiven Entsorgungsnachweis, er muß an einem vertraglich gesicherten Nachweis gebunden sein. Deshalb ist die Entwicklung noch sicherer Kernkraftwerkskonzepte dringend geboten. Unabhängig davon sind für die laufenden Kernkraftwerke hinsichtlich der Fragen des Brennstoffkreislaufes bis hin zur sicheren Entsorgung nuklearer Abfälle weitere Entwicklungen erforderlich.

Die Weiterentwicklung von Fusionsreaktoren (Kernverschmelzung) als Energieerzeuger für die fernere Zukunft soll weiter gefördert werden.

SCHWERPUNKT: BESCHÄFTIGUNGSPOLITIK

Die Lage:

Wir stellen fest, daß einerseits seit Jahren etwa 700.000 Menschen in NRW Arbeit suchen, und andererseits in der Bundesrepublik Deutschland Betriebe Hunderttausende von Arbeitsplätzen nicht besetzen können, weil die entsprechenden Arbeitnehmer nicht zur Verfügung stehen. Diese Situation hat sich in den letzten Jahren nicht verbessert. Von Tag zu Tag wird durch die gute Konjunkturlage die Diskrepanz immer größer.

Die liberale Perspektive:

Wir Freien Demokraten fordern daher eine stärkere Flexibilität in der Arbeitsmarktpolitik. Die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg mit den nachgeschalteten Arbeitsämtern gibt sich zwar redliche Mühe, aber die Erfolge sind nicht so, daß man ein Monopol in der Arbeitsvermittlung aufrechterhalten kann. Wir Freien Demokraten fordern daher die Auflockerung des Vermittlungsmonopols durch Zulassung privater Initiativen. Wir fordern eine Entkoppelung der Maschinenlaufzeiten von der Standardwochenarbeitszeit. Das Veto der SPD-Landesregierung, durch das die Schaffung 400 neuer Arbeitsplätze bei einem Reifenhersteller in Aachen durch Schichtarbeit am Wochenende verhindert wurde, stellt eine Kapitulation vor mächtigen Verbänden dar. Wir meinen, wenn Arbeitgeber und Betriebsrat sich verständigen, sich Arbeitnehmer freiwillig und ohne Zwang

für diese Arbeitszeiten melden, sollte der Staat kein Veto einlegen. Flexibilität am Arbeitsplatz bedeutet für die Freien Demokraten auch eine Differenzierung der Tarife nach Branchen, Regionen sowie nach Qualifikationen. Es kann nicht richtig sein, wenn der Schlossermeister in Gelsenkirchen zum gleichen Tarifabschluß gezwungen wird wie das Automobilwerk in Stuttgart. Die Tarifparteien fordern wir Freien Demokraten auf, der beruflichen Weiterbildung bei den Tarifverhandlungen einen höheren Stellenwert als bislang einzuräumen. Pauschale Arbeitszeitverkürzungen sind nach unserer Auffassung nicht geeignet, zur Lösung der strukturellen Probleme am Arbeitsmarkt beizutragen. Die Politik der Arbeitszeitverkürzungen hat das Angebot an qualifizierter Arbeit eingeschränkt und die Chancen für weniger qualifizierte, einen Arbeitsplatz zu bekommen, vermindert. Permanente Arbeitszeitverkürzungen gefährden auch die finanziellen Grundlagen der Sozialversicherungssysteme.

Die F.D.P. setzt sich dafür ein, die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen zu überprüfen.

Die F.D.P. fordert als Sofortmaßnahme die Aufhebung tarifvertraglicher Bindungen für Langzeitarbeitslose (über ein Jahr Arbeitslosigkeit) oder in Regionen mit überdurchschnittlich hoher Arbeitslosigkeit (mehr als 50 % über dem Durchschnitt der Bundesrepublik). Die Tarifparteien haben dafür zu sorgen, daß Arbeitslose in dieser Situation nicht daran gehindert werden, Arbeit zu Konditionen anzunehmen, die auch angeboten werden können. Nicht nur der Preis, sondern auch andere Konditionen der Beschäftigung, insbesondere die Arbeitszeit, müssen wieder flexibilisiert werden.

SCHWERPUNKT: SCHULE

Die Lage:

Bildungspolitik ist für uns Liberale ein wesentlicher Teil der Gesellschaftspolitik. Schon in der Gegenwart, und mehr noch in der Zukunft, werden große Herausforderungen an das Bildungswesen gestellt. Während die

Bevölkerung den Stellenwert einer optimalen Ausbildung längst begriffen hat, scheint dies für die SPD-Landesregierung von zunehmend geringerer Bedeutung zu sein. Dies kann auch im Hinblick auf die Einführung des Europäischen Binnenmarktes mit seinen Folgen für das Bildungs-, Ausbildungs- und Beschäftigungssystem hierzulande von uns Liberalen nicht hingenommen werden. Nordrhein-Westfalen ist reich an vielfältigen Begabungen, die wir auf jede nur erdenkliche Weise fördern müssen. Wir dürfen die Begabungen nicht verkümmern oder sie im Mittelmaß versinken lassen.

An die Stelle gleichgeschalteter Profillosigkeit, die die gegenwärtige Schulpolitik in NRW bestimmt, und an die Stelle des Konzepts der Öffnung von Schule, die den Sach- und Fachunterricht diskreditiert, setzt die F.D.P. auf den fairen Wettbewerb öffentlicher und privater Schulen. Wir halten am gegliederten Schulsystem fest, das sich mit den unterschiedlichen Profilen von Haupt-, Real-, Kollegschule, Gymnasium und Gesamtschule bewährt hat.

Die liberale Perspektive:

Wir Freien Demokraten wollen die wichtigsten Ressourcen in unserem Land, Intelligenz und Kreativität, zur vollen Entfaltung bringen. Dazu müssen wir zuerst den Schulfrieden sichern, um bewährte Schulformen behutsam pädagogisch weiterzuentwickeln und kontinuierlich bedarfsgerecht neue Lehrer einstellen, um den krassen Unterrichtsausfall zu reduzieren und fachgerechten Unterricht zu gewährleisten.

Ferner sind Privilegien für einzelne Schulformen, insbesondere die bessere Finanzausstattung und die günstigeren Lehrerversorgung für die Gesamtschule abzuschaffen, besonders der Elternwille soll an allen Schulformen gleich behandelt werden.

Wir wollen den fairen Wettbewerb. Schulen sollten unter gleichen Voraussetzungen - im Rahmen der geltenden Lehrpläne - die Freiheit haben, besondere Akzente zu setzen, sich ein eigenes Profil zu geben und damit eine besondere Anziehungskraft zu entwickeln.

Die bisherige Halbtagschule muß zukünftig durch Ganztagsangebote für Kinder und Jugendliche ergänzt werden. Ein breit gefächertes Angebot im handwerklichen, musischen, sportlichen, künstlerischen und berufsinformierenden Bereich muß möglichst in der Nähe des Wohnortes präsent sein. Schulen, Vereine, Elterninitiativen oder freie Institutionen können die Träger dieser Angebote sein. Die Finanzierung sollte aus Mitteln der Kommune, der freien Träger sowie einer angemessenen Elternbeteiligung stammen.

Die Gesamtschule soll das gegliederte Schulwesen ergänzen - nicht ersetzen.

Wir wollen daher die Elternrechte für die Beibehaltung anderer Schulformen stärken. Ein ortsnahes Angebot aller Schulformen muß vorgehalten werden, damit unseren Kindern der sogenannte Schulbustourismus erspart bleibt. Städten und Gemeinden muß mehr Freiraum verschafft werden, um für jede Region maßgeschneiderte Konzepte entwickeln zu können, die das ortsnahe Angebot absichern.

Die F.D.P. will die gesetzliche Verpflichtung der Kreise, Gesamtschulen auch dann einzurichten, wenn in den kreisangehörigen Städten die erforderliche Anzahl von 112 Elternstimmen für eine Gesamtschule nicht erreicht wird, abschaffen.

Die F.D.P. will darüber hinaus auch keine Zwangslösungen nach dem Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit im gesamten Schulbereich (zum Beispiel Schulpflichtverband mehrerer Städte). Dazu gehört eine komplette Überprüfung der Landesgesetze, die die Organisation von Schule mehr als nötig vorgeben, dazu gehört auch, Schulen, Lehrern, Eltern sowie Städten und Gemeinden vor Ort wirksame Möglichkeiten der Zusammenarbeit zu geben.

Vor Ort muß z. B. entschieden werden können, ob und wie Zusammenarbeit von Schulen auch unterhalb der bisher vorgegebenen Mindestzügigkeiten möglich und sinnvoll ist.

Die F.D.P. fordert Vernunft von unten statt Ideologie von oben.

Vor allem aber werden wir daran gehen, die materialien Gegebenheiten des Schulwesens zu überdenken, das heißt, neue Finanzierungsquellen erschließen mit dem Ziel, privaten und öffentlichen Mitteln den gleichen Rang einzuräumen.

Wir wollen die Möglichkeit schaffen, für Eltern und Lehrer in einer freien Entscheidung Kinder im Alter zwischen 5 und 7 Jahren einzuschulen, um der individuellen Entwicklung des einzelnen Kindes Rechnung zu tragen.

Um im europäischen Wettbewerb bestehen zu können, wollen wir in Modellversuchen erproben, ob die Schulzeit ohne Qualitätsverlust so verkürzt werden kann, daß im Regelfall das Abitur ein Jahr früher erreicht wird.

Das 10. Schuljahr soll nicht mehr verpflichtend sein, sondern als Angebot bestehen bleiben.

Die in den letzten Jahren in die Schullandschaft des Landes hineingetragene Unruhe muß beseitigt werden. Viele Städte und Gemeinden sind kaum in der Lage, ein nach ihrer Einschätzung sinnvolles Angebot an weiterführenden Schulen der Sekundarstufe I und II wohnortnah und kindgerecht anzubieten, weil die geltenden landesrechtlichen Rahmenbedingungen für die Schulen den grundlegenden Veränderungen in der Bevölkerungsentwicklung bislang nicht angepaßt worden sind.

Erforderlich ist eine Vereinfachung des nicht mehr überschaubaren Schulrechts und seine Zusammenfassung in einem Landesschulgesetz. Dabei wollen wir auch die Mitwirkungsrechte der Eltern auf allen Ebenen stärken.

Darüber hinaus ist zu prüfen, inwiefern bildungspolitische parallel verlaufende Entwicklungen koordiniert werden können. Dies gilt für (bisher länderspezifische) Lehrplanentwicklungen als auch für die partielle Nichtanerkennung von länderspezifischen Abschlußprüfungen.

Wenn in Europa über Anerkennung von Bildungsgängen nachgedacht und verhandelt wird, sollte dies besonders auch für die bundesrepublikanische Bildungslandschaft gelten.

Wir Liberalen setzen auf die Fähigkeit und die Bereitschaft des einzelnen, persönliche Leistungen zu erbringen. Die F.D.P. bekennt sich in diesem Sinne zu Leistungseliten und Verantwortungseliten. Ergänzende Lernmöglichkeiten müssen aber auch gleichermaßen für lernstarke als auch für lernschwache Kinder und Jugendliche angeboten werden.

Für behinderte Kinder soll der gemeinsame Unterricht mit nichtbehinderten Kindern in Regelschulen erweitert werden. Hierbei müssen die personellen und sächlichen Voraussetzungen durch Land und Gemeinden geschaffen werden. Kinder, die durch besondere Betreuung und Zuwendung in Kleingruppen eindeutig besser gefördert werden können, sollten in einer besonderen Schulform verbleiben und nur durch qualifizierte Fachpädagogen unterrichtet werden.

Aus unserer Sicht ist das gesamte Bildungssystem besonders bei der Integration der Ausländer und der Aus- und Übersiedler gefordert. Es ist ein Gebot der Solidarität, auch den jungen Deutschen aus den Aussiedlungsgebieten und der DDR einen ihren Begabungen und Fähigkeiten entsprechenden Bildungsgang und eine entsprechende Berufsausbildung zu ermöglichen.

SCHWERPUNKT: BERUFLICHE AUS- UND WEITERBILDUNG

Die Lage:

Das duale System der Berufsausbildung hat sich - gerade auch in den Zeiten geburtenstarker Jahrgänge - bewährt. Auch Bewährtes bedarf jedoch der Weiterentwicklung, denn die Träger der beruflichen Aus- und Weiterbildung sind heute und in den nächsten Jahren schwierigen neuen Herausforderungen ausgesetzt.

Die Entwicklung der Wirtschaft schafft vielerorts neue Berufe und verändert vorhandene. Hohe materielle und personelle Voraussetzungen sind für die Ausbildungsfähigkeit eines Betriebes zu erfüllen. Das einheitliche Profil der Berufsschule für Schüler mit unterschiedlichen Bildungsvoraussetzungen erweist sich zunehmend als zu eng. Durch den Rückgang der Schülerzahlen könnte sich die Konkurrenz zwischen den Stätten beruflicher und allgemeiner Bildung noch weiter verschärfen.

Die durch schnellen und technologischen Wandel, die demographische Entwicklung sowie berufliche Anpassungs- und Aufstiegswünsche wachsende Notwendigkeit zu lebenslangem Lernen führt zu neuen Anforderungen an Umfang und Leistungsfähigkeit unserer beruflichen Weiterbildungsangebote.

Die liberale Perspektive:

Die Qualität der betrieblichen Ausbildung muß fortentwickelt werden, wenn sie im Wettbewerb bestehen will. Das bedeutet raschere Modernisierung von Ausbildungsvorschriften. Verbandsbürokratien und -egoismen dürfen hier nicht zu Verkrustungen führen, die innovationshemmend sind.

Daneben ist der Trend zur Verlängerung der Ausbildungsdauer im dualen System zu stoppen. Insbesondere ist der Theorieanteil in der Berufsausbildung differenziert nach den Erfordernissen des einzelnen Berufes zu gestalten.

Möglichst allen Jugendlichen muß eine qualifizierte Berufsausbildung vermittelt werden. Nicht alle Jugendlichen entsprechen aber den damit verbundenen Anforderungen. Auch diese Jugendlichen brauchen Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten, in denen sie sich erfolgreich bewähren können. Dafür müssen geeignete berufsqualifizierende Abschlüsse geschaffen werden.

In wirtschaftlich strukturschwachen Regionen dürfen die Ausbildungschancen der jungen Generation nicht auf Dauer beeinträchtigt bleiben. Deshalb verlangt die F.D.P. eine intensive Zusammenarbeit der für Wirtschaftspolitik und

für Bildungspolitik verantwortlichen Stellen, die unter anderem Anpassungsfähigkeit der Wirtschaft, aber auch Mobilität der Nachwuchskräfte verlangt. Dabei müssen Informationen und Beratung der Jugendlichen vor allem im Hinblick auf Arbeitsmarktprognosen verbessert werden. Diese Aufgabe darf nicht allein als Aufgabe der Arbeitsämter angesehen werden.

Die beruflichen Schulen müssen personell und sachlich so ausgestattet werden, daß sie sich den neuen Anforderungen der Zukunft stellen können. Besonderes Gewicht ist auf die regelmäßige praxisorientierte Fortbildung der Lehrer zu legen.

Vorurteile und rechtliche Hemmnisse, die etwa die Ausbildungschancen junger Frauen beeinträchtigen, müssen abgebaut werden.

Die F.D.P. setzt sich für praxisorientierte Alternativen zum Hochschulstudium für Abiturienten ein. Demographisch bedingt verschärfte sich die Konkurrenz zwischen Städten allgemeiner und beruflicher Bildung speziell um Abiturienten. Nordrhein-westfälischen Unternehmen ist deshalb die Chance einzuräumen, Berufsausbildung in Zusammenarbeit mit Fachhochschulen oder neuen Berufsakademien in NRW anzubieten.

Die Ausbildungsfähigkeit in Klein- und Mittelbetrieben muß erhalten, die Qualität der Ausbildung in diesen Betrieben im Interesse der Mobilität der ausgebildeten Fachkräfte gestärkt werden. Dies geht oft über die Kraft der einzelnen Betriebe hinaus. Staatliche Hilfen - insbesondere bei der Förderung der ergänzenden überbetrieblichen Ausbildung - sind notwendig.

Berufliche Weiterbildung muß bei ihren Angeboten für den beruflichen Aufstieg, berufliche Anpassung, Umschulung oder den Erwerb von Zusatzqualifikationen, etwa zur Vorbeugung gegenüber Arbeitslosigkeit, die Vielfalt der Berufe und beruflichen Funktionen berücksichtigen. Sie muß auch geographisch weitgestreut angeboten werden. Von

besonderer Wichtigkeit sind Veranstaltungen für Frauen zur Erleichterung des Wiedereinstiegs in das Berufsleben.

Berufliche Weiterbildung ist ein wichtiger Produktionsfaktor. Daher sollten Wirtschaftsunternehmen die Weiterbildung stärker in die Personalplanung einbeziehen. Gleichzeitig ist für Klein- und Mittelbetriebe ein Verbund für Weiterbildungsangebote und gemeinsame Weiterbildungsveranstaltungen anzustreben.

Im Hinblick auf den Europäischen Binnenmarkt sollten jetzt die Voraussetzungen für Ausbildungsplatzverbände mit Firmen in Nachbarländern des gleichen Gewerbebezuges geschlossen werden.

Insgesamt sind die Träger der Weiterbildung aufgefordert, bei der Entwicklung marktfähiger Zertifikate zusammenzuarbeiten. Regelungen für die berufliche Weiterbildung und für Arbeitsfreistellungen lassen sich am zweckmäßigsten in Tarifverträgen vorsehen. Fernunterricht und Fernstudium sowie Medienverbundangebote sind als moderne und adressatengerechte Formen der Weiterbildung verstärkt zu fördern.

SCHWERPUNKT: WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG

Die Lage:

Wir Freien Demokraten wollen NRW zu einem Zentrum der Wissenschaft und Forschung in Europa machen. CDU, F.D.P. und SPD haben nach dem Kriege gemeinsam in NRW die dichteste Hochschullandschaft Europas aufgebaut. Diese gemeinsame Leistung droht heute verspielt zu werden durch Mangel an Kapazität, Mangel an Sachmitteln, Mangel an Lehr- und Forschungspersonal und durch einen Überfluß an Zentralismus und Bürokratie als Hauptursachen für die fatale Schiefelage unserer wissenschaftlichen Einrichtungen.

Die liberale Perspektive:

Zur Verbesserung der materiellen Grundlagen wollen wir, daß der Wissenschaftsetat um mindestens den doppelten

Prozentsatz steigt wie der Haushalt als Ganzes. Wir werden den Hochschulen verstärkt Mittel zuweisen, die sie ohne Zweckbindung nach eigener Entscheidung einsetzen können und damit Elemente eines Globalhaushaltes einführen. Wir werden die Entscheidungen über Prüfungsordnungen und Studiengänge in die primäre Verantwortung der Hochschulen zurückgeben, damit sie flexibel auf gewandelte Anforderungen des Arbeitsmarktes und neuer Berufsfelder reagieren können. Wir werden auch die Genehmigungs- und Kontrollrechte der staatlichen Hochschulbürokratie daraufhin überprüfen, ob sie zwingend notwendig sind.

Die F.D.P. wird den Dialog zwischen Wirtschaft und Wissenschaft in eigener Verantwortung der Hochschulen regional und überregional fördern. Die Instrumente des Technologietransfers werden wir auf ihre Effektivität prüfen und im Lichte der Erkenntnisse durch neuere flexiblere Instrumente ersetzen. Ferner wollen wir die Privatinitiative im Hochschulbereich durch staatliche Förderung stärken. Dies gilt für Stiftungslehrstühle, dies gilt für gemeinsame Einrichtungen außerhalb und innerhalb der Hochschulen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft. Zudem fordern wir eine durchgreifende Reform beamtenrechtlicher Regelungen für den Hochschulbereich. Effektive Bildungsplanung und derzeitiger Beamtenstatus vertragen sich nicht miteinander. Der wissenschaftliche Leistungsträger, der nach Leistung bezahlt und behandelt wird, ist unser Zielbild im Hochschulbereich.

Jeder Student hat ein verfassungsmäßiges Recht auf ordnungsgemäße Bildung und Ausbildung. Dieses Recht wird derzeit in NRW hunderttausendfach verletzt. Wir werden deshalb die Studienplatzzielzahlen wieder in Einklang bringen mit der tatsächlichen Studentenzahl. Wir werden dem "Zahlenfetischismus am grünen Tisch", der aus der aktuellen Überlastung der Hochschulen eine Normalbelastung auf Dauer gemacht hat, ein Ende setzen. Wir werden für vernünftige Betreuungsrelationen sorgen, weil wir wissen: Je besser die Betreuung, desto kürzer ist die Studienzeit.

Wir werden gemeinsam mit dem Bundesminister für Bildung und Wissenschaft ein Sonderprogramm zur Förderung von Nachwuchswissenschaftlern und Nachwuchswissenschaftlerinnen auflegen. Damit auch im nächsten Jahrzehnt qualifizierte Forschung und Lehre im ausreichenden Umfang gesichert werden kann, muß jetzt eine Qualifizierungsbrücke für den wissenschaftlichen Nachwuchs bis zum Jahre 2000 geschaffen werden.

Wir setzen uns für die Gründung weiterer Graduiertenkollegs in NRW ein. Dieses neuartige, durch Modellversuche erprobte und im Ausland seit langem bewährte Instrument für eine gezielte Förderung hervorragender junger Wissenschaftler halten wir für zukunftsweisend.

Gleichermaßen setzen wir uns dafür ein, daß der Modellversuch "Senioren-/Multiplikatoren-Studium" wie an den Universitäten Dortmund und Marburg nach und nach flächendeckend in NRW eingeführt wird.

Wir werden den Wettbewerb durch die Veröffentlichung wesentlicher Leistungsdaten der Hochschulen in Forschung und Lehre fördern.

Wir werden den Hochschulen schrittweise mehr Rechte bei der Auswahl ihrer Studenten gewähren und mittelfristig das zentrale Vergabeverfahren von Studienplätzen abschaffen. Wir sehen darin auch ein Element, persönliche Verantwortungsbeziehungen zwischen Hochschullehrern und Studierenden wiederherzustellen anstelle der bürokratischen Anonymität, für die die ZVS in Dortmund ein gleichermaßen herausragendes wie abschreckendes Symbol ist.

Der Ausbau der Technik und Naturwissenschaften ist für die Zukunftssicherung unserer Gesellschaft unabdingbar. Dies darf aber in einer humanen Gesellschaft nicht zu Lasten der Kultur- und Geisteswissenschaften geschehen. Wir werden deshalb der Umschichtungspolitik des Landes NRW zu Lasten der Geistes- und Kulturwissenschaften ein Ende setzen.

Zukunftssicherung durch Wissenschaft und Forschung kann nur gelingen, wenn die Hochschulen sich verstärkt auf die geistige und wirtschaftliche Dimension Europas einstellen können. Wir werden zusätzliche Landesmittel in erheblicher Höhe einsetzen, um die Kooperation nordrhein-westfälischer Hochschulen mit anderen europäischen Hochschulen zu fördern. Dabei meinen wir mit Europa nicht nur Westeuropa, sondern gleichgewichtig auch Osteuropa in seinem faszinierenden Aufbruch zu mehr Freiheitlichkeit in allen Bereichen. In besonderer Weise werden wir uns auch für die deutsch-deutschen Wissenschaftsbeziehungen einsetzen, weil sie Brücken sein können und Bauelemente einer neugegründeten Einheit der Deutschen.

Wichtig ist uns die Entwicklung gemeinsamer internationaler Studiengänge mit anderen europäischen Hochschulen, so daß bereits der Student die Lebens- und Arbeitsumstände in dem anderen Land kennenlernt. Die Vermittlung europäischer Sprachen - auch der osteuropäischen Sprachen - werden wir wesentlich fördern. Gerade diese Entwicklung darf nicht nur auf die Universitäten beschränkt werden, sie muß gleichberechtigt auch die Fachhochschulen erfassen.

Wissenschafts- und Forschungspolitik muß die Gesamtheit aller Wissenschaften - Natur-, Technik- und Geisteswissenschaften - umfassen. Sie muß auf allen Ebenen (Land, Bund, EG) so angelegt werden, daß die Lebensbedingungen der Menschen verbessert und die Gegebenheiten der Natur geschützt und erhalten werden, ein Leben in Frieden weltweit ermöglicht und dauerhaft gesichert wird.

Wissenschafts- und Forschungspolitik muß so angelegt sein, daß alle kreativen geistigen Potentiale optimal mobilisiert werden entsprechend der Universalität und Pluralität der Wissenschaft; sie muß ein freies, schöpferisches, unabhängiges Arbeiten der Wissenschaftler garantieren; sie muß und darf die Wissenschaftler nur auf die ethischen und moralischen Prinzipien der Humanität verpflichten; sie muß deshalb Wissenschaft und Forschung in die Abschätzung und Wertung von zu vermutenden, zu

erwartenden oder tatsächlichen Folgewirkungen einbeziehen.

An diesen Leitgedanken hat sich auch eine Forschungs- und Technologiepolitik zu orientieren. Diese muß ihren Beitrag leisten zur Bewahrung der Umwelt, zur Überwindung des Nord-Süd-Gefälles wie auch zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen untereinander, im europäischen wie im Weltmarkt. Sie muß die Voraussetzungen für den Strukturwandel schaffen.

Die Hochschulen unseres Landes dürfen nicht auf die Reproduktion des täglichen Lebens eingeengt und modische Vorgaben durch Politik, Staat, Gewerkschaften und Wirtschaft festgelegt werden. Ihre genuine Aufgabe ist es, in Forschung und Lehre auf die Gestaltung der Zukunft hinzuwirken.

Die F.D.P. fordert:

- den offenen akademischen Wettbewerb in Forschung und Lehre,
- eine Befreiung der Hochschulen von einengender Initiative und Leistungswillen schwächender Wissenschaftsbürokratie,
- eine Stärkung der Autonomie durch größere Dispositionskompetenz in der Etatgestaltung, durch Zuweisung von Globalhaushalten und Lockerung des Jährlichkeitsprinzips,
- eine Verbesserung der Grundausrüstung und der Personalstruktur, Verstärkung des Lehrpersonals, Verstärkung des Mittelbaues zur Nachwuchsförderung, Verstärkung des technischen Personals, vor allem auch für Fachhochschulen,
- einen nachfrage- und bedarfsorientierten, flächenbezogenen Ausbau der Hochschulen zur Bekämpfung der Raumnot an den Hochschulen,
- Anerkennung der Drittmittelforschung auch als Element des Zusammenwirkens zwischen Wissenschaft und Wirtschaft anstelle von Vorbehalten wegen vermeintlicher Abhängigkeiten, Drittmittelverwaltung nach wirtschaftlichen, nicht nach kameralistischen

Grundsätzen, keine Verwendung von Entgelten als Deckungsmittel des Landeshaushalts,

- bessere Betreuung und Förderung des hochbegabten wissenschaftlichen und technischen Nachwuchses, u.a. Einrichtung von Graduiertenkollegs und Habilitationsstipendien,
- Intensivierung und Förderung der internationalen Kooperation und des wissenschaftlichen Austausches.

Zur Straffung der Studienverläufe sind

- die Studiengänge inhaltlich und zeitlich auf das fachlich erforderliche Maß zu konzentrieren,
- die Studien- und vor allem die Prüfungsordnungen auf einen zügigen Studienverlauf hin zu orientieren,
- Hochschul-Bibliotheken besser auszustatten, um Engpässe der Literaturbeschaffung für Studierende zu beseitigen, die Arbeitsmöglichkeiten für Laborpraktika auszubauen,
- die Voraussetzungen für eine bessere Betreuung der Studierenden zu schaffen (Verstärkung des sog. Mittelbaues),
- an Fachhochschulen und im Ausland erbrachte Studienleistungen weitgehend anzuerkennen,
- die Wohnraumverhältnisse für Studierende durch verstärkten Bau von Studentenwohnheimen zu verbessern.

Die Rahmenpläne für den Ausbau der Fachhochschulen sind in Anbetracht der steigenden Bewerberzahl von Studierenden zu korrigieren.

Die Fachhochschulen sind sachlich und personell so auszustatten, daß sie ihren Auftrag in der Lehre, in der angewandten Forschung und Entwicklung sowie ihre Transferaufgaben erfüllen können. Die F.D.P. setzt sich für eine Verbesserung bestehender und die Gründung neuer außeruniversitärer Forschungsinstitute ein. Im Ländervergleich für NRW bestehende Defizite sind auszugleichen.

Die F.D.P. unterstützt die diesbezüglichen Bemühungen des "Initiativkreises Ruhrgebiet".

Die F.D.P. fordert auch für Forschungsinstitute außerhalb der Hochschulen eine Lockerung stringenter, dem Forschungsauftrag nicht angemessener Haushaltvorschriften, wie z. B. begrenzte Dispositionsmöglichkeiten über Personalstellen, gegenseitige Deckungsfähigkeit einzelner Haushaltstitel, Ablösung des Jährlichkeitsprinzips.

Die Zusammenarbeit und der Wissenstransfer zwischen Hochschulen, Forschungsinstituten einerseits und Industrie, Handel und Gewerbe andererseits ist zu intensivieren und auf Interdisziplinarität zu orientieren. Dabei sind besonders mittelständische Unternehmen unmittelbar in die Transferprozesse einzubeziehen. Beratung und Information

- über Möglichkeiten der Technologieförderung
- über produktbezogene Anforderungen und produktionsbezogene Voraussetzungen

sind auszubauen.

Mittelständische Unternehmen sind zu unterstützen bei der Entwicklung von Methoden und Verfahren zur Qualitätssicherung. Es sind Instrumente für eine neutrale Qualitätsüberwachung, die den Wettbewerb nicht beeinträchtigen, zu erarbeiten.

Die F.D.P. fordert die Einrichtung von Gesprächsrunden, um im unmittelbaren Dialog zwischen mittelständischen Unternehmen und Vertretern aus Forschung, Entwicklung und Politik Erfahrungen und Bedürfnisse abzufragen, Probleme zu analysieren und neue Förder- bzw. Unterstützungsmaßnahmen zu erörtern.

Die F.D.P. fordert, daß den mittelständischen Unternehmen der Zugang zu den Fördermaßnahmen und Programmen der EG erleichtert wird. Der Ort der Bearbeitung und Entscheidung über Anträge muß näher an den Ort der Umsetzung herangeführt werden.

Grundsätzlich fordert die F.D.P., die Vielzahl der Fördermaßnahmen um einer besseren Überschaubarkeit willen

und zur Verringerung von Verwaltungsaufwand zusammenzufassen und zu koordinieren. Sie hält Rahmenprogramme statt differenzierter und spezieller Fachprogramme für wirkungsvoller.

Die F.D.P. setzt sich mit allem Nachdruck für die Anerkennung der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Erfinder ein. Deren Leistungen liegen nicht im Bereich spektakulärer Großtechnologien, sondern sie leisten, ohne öffentliche Zuwendungen, Beachtliches, meist in der Stille. Die F.D.P. tritt dafür ein, daß diese Leistungen steuerlich anerkannt werden, ihnen mehr Hilfe bei Patentverfahren und bei der Vermarktung ihrer Erfindungen gegeben wird.

Die Zukunft des Landes NRW wird gestaltet von dem geistigen und kreativen Potential, dem Fleiß und dem fachlichen Können, dem Leistungswillen der hier lebenden Menschen. Sie wird bestimmt durch das Zusammenwirken von Forschern, Ingenieuren und den qualifizierten Facharbeitern. Nicht der wissenschaftliche Erkenntniszugewinn, die "Blaupause", ist allein Garant für den strukturellen und wirtschaftlichen Fortschritt, sondern diese nur in Verbindung mit der Umsetzung in praktische Nutzung.

Es genügt keineswegs, um im internationalen Wettbewerb zu bestehen, eine neue "Maschine" zu erfinden, sondern es muß die Fähigkeit nachgewiesen werden, eine solche "Maschine" auch bauen und erfolgreich betreiben zu können. Die F.D.P. verlangt deshalb, daß die Nutzung langfristiger Forschungs- und Entwicklungsprojekte nicht durch ideologisch motivierte Ablehnungshaltungen in Frage gestellt wird. Dies erfordert aber auch, daß von Beginn und fortlaufend die möglichen Nutzungskonzeptionen und begleitende mögliche Folgewirkungen auf den Menschen, die Natur und Gesellschaft in die Forschungen mit einbezogen werden.

Die F.D.P. hält deshalb einen permanenten Prozeß der Technikfolgenbewertung sowie intensive Bemühungen, die Öffentlichkeit über Chancen, Risiken und Notwendigkeiten

neuer wissenschaftlicher und technischer Entwicklungen aufzuklären, für unabdingbar.

SCHWERPUNKT: UMWELTPOLITIK

Die Lage:

Das derzeit in Politik und Wirtschaft vorherrschende Krisenmanagement muß durch eine Vorsorgepolitik abgelöst werden, deren Ziel es ist, die möglichen Ursachen für die Umweltverschmutzung zu bekämpfen, anstatt nur die sichtbaren Folgen zu behandeln (z. B. gesundheitliche Schäden und Waldschäden). Trotz wichtiger Erfolge wird der Umweltschutz durch Ineffizienz manch ordnungsrechtlicher Vorschriften, durch ein Vollzugsdefizit und durch bürokratische Hemmnisse behindert.

Tatsache ist u.a.:

- der Abfallentsorgungsnotstand ist da,
- der Zustand unserer Gewässer ist immer noch unbefriedigend,
- die Trinkwasserqualität ist langfristig nicht gewährleistet,
- der Landschaftsschutz kommt zu kurz,
- für andere ebenso bedeutende Probleme, die nicht nur NRW betreffen (z.B. Klima, Verkehr, Altlasten), sind schlüssige Antworten bisher nicht gegeben.

Die liberale Perspektive:

Wir dürfen unsere Umwelt nicht länger überfordern. Unsere realisierbare Vision ist: die Regenerationsfähigkeit unserer Umwelt sicherstellen! Wir Liberale wollen dafür die marktwirtschaftlichen Kräfte für den Umweltschutz erschließen!

Die F.D.P. setzt sich daher ein für die Verwirklichung einer Marktwirtschaft mit ökologischem Gesicht, die der Verfügbarkeit über die Umweltgüter Luft, Wasser und Boden Grenzen setzt.

Dynamik und Kreativität der Marktwirtschaft lassen sich für die Umwelt nutzen: Die Nutzung knapper Umweltgüter, wie reine Luft, sauberes Wasser, unzerstörte Landschaft, muß zu einem Kostenfaktor werden, der den Verursacher belastet.

Für eine ökologische Marktwirtschaft bietet sich aus der Sicht der Liberalen ein breiter Fächer von Instrumenten an: Von finanziellen Anreizen über emissionsbezogene Abgaben, kostendeckende Gebühren nach dem Verursacherprinzip, freiwillige Vereinbarungen, verschärfte Umweltaftung, Kompensations- und Zertifikatlösungen und Benutzervorteilen (z. B. freie Fahrt an Smogtagen oder in Innenstädten nur für Fahrzeuge mit geringem Schadstoffausstoß) bis hin zur Privatisierung von Entsorgungseinrichtungen. Es soll die jeweils beste Strategie zum Zuge kommen, damit die Effizienz auch für den Umweltschutz zum bestimmenden Faktor wird.

Dabei soll das bestehende Ordnungsrecht nicht abgeschafft, sondern im Hinblick auf seine Effizienz verbessert werden. Die F.D.P. setzt sich deshalb für die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren ein, insbesondere für umweltentlastende Techniken. Gleichzeitig muß verstärktes und besser qualifiziertes Personal einen schnelleren und wirksameren Vollzug der Umweltvorschriften gewährleisten. Hierzu gehört nicht nur eine verbesserte Struktur der Umweltschutzverwaltung, sondern auch eine offene Kooperation mit der Wirtschaft.

Um die unternehmerische Verantwortung zu stärken und um Anreize für mehr Umweltschutz zu schaffen, sprechen wir uns für die Einführung unternehmensbezogener Umweltschutzberichte aus. Sie sollen wie die jährlichen Geschäftsberichte die wesentlichen Umweltfragen der Unternehmen, einschließlich der getroffenen Umweltschutzmaßnahmen, gegenüber der Öffentlichkeit transparent machen.

Wir brauchen eine neue Umweltkultur, die Umweltschutz zum selbstverständlichen Inhalt unseres Handelns macht. Nur der informierte Bürger kann jedoch ein umweltbewußter

Bürger sein. Die Entwicklung einer neuen Umweltkultur muß deshalb schon in der Schule ansetzen.

Wir müssen Abschied nehmen von einer Politik des "Schadstoffs des Monats" oder der hohen Schornsteine, sondern ganzheitliche Lösungen erreichen, damit die Summe aller Beeinträchtigungen von Luft, Wasser und Boden minimiert wird. Darum müssen wir heute schon klare Ziele für die Umweltqualität von morgen festlegen.

In einem Umweltplan NRW werden wir darstellen, welche Luft-, Boden- und Wasserqualität wir wann, wo und in welchen Schritten erreichen wollen. Dem muß eine nüchterne und umfassende Umweltbilanz für NRW vorausgehen! Der Umweltplan liefert die Vorgaben, wie die Gesamtbelastung begrenzt und schrittweise Jahr für Jahr abgebaut werden soll. Hierzu kann das marktwirtschaftliche Instrument der Kompensation eingesetzt werden. Aufbauend auf klaren Verminderungsvorgaben wird hierbei insbesondere der Industrie die Möglichkeit eingeräumt, durch betriebswirtschaftliche, technische und umweltschutzseitige Optimierung den effizientesten Weg zum Umweltschutz zu finden. Gleichzeitig wird die Entwicklung neuer umweltfreundlicher Techniken angereizt, und zwar über die Einhaltung von bestimmten Grenzwerten hinaus, weil sich jedes Mehr an Umweltschutz für die Unternehmen auszahlt.

- Das ist Marktwirtschaft im Umweltschutz!

Nordrhein-Westfalen muß darüber hinaus mehr als bisher der Entwicklungsboden für intelligente technische Lösungen werden, deren Einsatz auch in der Dritten Welt die Umweltprobleme entschärfen kann. Wenn unsere Hochschulen hier mit der Industrie an einem Strang ziehen, so stärkt dies nicht nur unsere Wirtschaft, sondern entspricht auch unserem Verständnis von Verantwortung, denn Umweltschutz ist Weltinnenpolitik.

Luft

Waldschäden, Treibhauseffekt und Schäden an der Ozonschicht sind nur wenige Beispiele für die Folgen unserer

täglichen Luftverschmutzung. Ziel ist daher die Vermeidung und Verminderung von Emissionen aller Art. Dies kann nur erreicht werden durch:

- Energieeinsparung, d. h. Verbesserung der Wirkungsgrade bei der Energieumwandlung, Erzeugung und Nutzung,
- verstärkter Einsatz von CO₂-freien/CO₂-armen Energiearten,
- Ausschöpfung regenerativer Energieformen, wo immer dies möglich ist.

Wasser

Es muß Schluß sein mit dem sorglosen Umgang mit unserem wichtigsten Lebensmittel: Sauberes Trinkwasser wird zum Problem der 90er Jahre! Ein Gesamtplan für den sorgsam Umgang mit Grundwasser ist daher notwendig. Wasserreservergebiete werden wir weiter durch eine vorausschauende Planung für die zukünftige Anspruchnahme sichern. Im Interesse des Grundwasserschutzes muß der Schadstoffeintrag auf landwirtschaftlichen Flächen verringert werden. Ökologische Anbaumethoden in der Landwirtschaft, durch die die Nitratbelastung der Böden verringert wird, werden wir fördern. Die Versorgungsunternehmen werden wir verpflichten, den Bürger uneingeschränkt über die Qualität seines Trinkwassers zu informieren.

Der Wasserbedarf von Betrieben ist in erster Linie aus Oberflächenwasser zu decken. Wo er ohne Inanspruchnahme von Grundwasser nicht gedeckt werden kann, muß ganz besonders auf einen geschlossenen Wasserkreislauf geachtet werden.

Wir werden einen Bewirtschaftungsplan Rhein mit zeitlich, finanziell und technisch kalkulierbaren Anforderungen für eine schrittweise Sanierung verbindlich machen, der alle in den Rhein einfließenden Nebenflüsse und alle Einleiter betrifft. Hierzu zählt die Nachrüstung der vorhandenen Kläranlagen mit weiteren Reinigungsstufen.

Neben den gesetzlich vorzulegenden und im Laufe der Zeit zu senkenden Höchstwerte für die Belastung der Gewässer

(inkl. des Grundwassers) durch Industrie, Landwirtschaft und Private sind auch hier finanzielle Anreize zu schaffen bzw. zu erhöhen, diese Grenzwerte zu unterschreiten und zum sparsamen Verbrauch anzuregen. Oberstes Gebot für fließende Gewässer sollte der Grundsatz sein, daß die Gewässergüte der das Land verlassenden Gewässer die gleiche Güteklasse hat wie beim Eintritt.

Die Anwendung verbesserter Abwassertechnik und die Sanierung der schadhaften Kanalisation in den Kommunen ist, gegebenenfalls mit Hilfe eines verbesserten staatlichen Finanzierungsprogramms, zu beschleunigen. Hierzu gehört auch eine regelmäßige Kanalnetzüberprüfung. Ein privatwirtschaftlicher Betrieb der Kläranlagen und Kanalnetze wird für effizienteren Umweltschutz sorgen. Das bei der Klärschlammaufbringung auf die Landwirte abgewälzte Risiko der Bodenverseuchung muß von den Betreibern der Kläranlagen übernommen werden. Es muß sichergestellt werden, daß auch nach 1992 keine Gülle aus den Nachbarstaaten nach NRW importiert werden darf.

Abfall

Wir müssen weg von unserer ex-und-hopp-Mentalität beim Abfall. Die Abfallberge belasten nicht nur unsere Umwelt. Abfall ist vor allem "Rohstoff am falschen Ort".

Liberaler setzen sich dafür ein, daß Abfälle möglichst vermieden, Konsum- und Investitionsgüter von vornherein auf ihre Wiederverwertung hin entwickelt, durch Getrennthalten Wertstoffe dem Markt wieder zugeführt und nur die unvermeidlichen restlichen Abfälle so umweltschonend wie möglich beseitigt werden.

Maßnahmen zur Vermeidung oder stofflichen Wiederverwertung von Abfällen haben absoluten Vorrang vor Müllverbrennung oder Deponierung. Hierzu müssen Anreize geschaffen bzw. verstärkt werden durch

- verursachergerechte Gebühren,
- getrenntes Einsammeln verschiedener Abfallstoffe,

- beschleunigten Bau von Anlagen zur Sortierung und Wiederverwertung sowie Kompostierung von Abfallstoffen,
- Pilotprojekte und Starthilfen zur Wiederverwertung von Rohstoffen, deren Wiederverwertung derzeit technisch noch nicht ausgereift oder mit zu hohen Kosten verbunden ist.

Bei der thermischen Verwertung wie bei der Deponierung von Abfällen ist sicherzustellen, daß Luft, Wasser und Boden so gering wie technisch möglich belastet werden. Deponierte Stoffe müssen rückholbar sein. Die dafür benötigten Standorte sind in einem raumordnerischen Verfahren festzulegen.

Konkret fordert die F.D.P., sich für folgende Maßnahmen zur Reduzierung und Entsorgung des Hausmülls einzusetzen:

- Kennzeichnungspflicht für alle Kunststoffe und Ausnutzung des § 14 des Abfallgesetzes,
- Pfand auf alle Getränkeverpackungen aus Glas, Metall und Kunststoff,
- Getrenntsammlung von organischem und anorganischem Abfall,
- Anreize zur Verwendung von Tragetaschen aus Papier.

Je wirksamer Umweltschutzmaßnahmen sind, je mehr Schadstoffe zurückgehalten werden können, desto mehr Stoffe bleiben übrig, die als Sondermüll behandelt werden müssen. Dieses landesweite Problem verlangt eine landesweite Lösung. Es ist notwendig, daß das Land Nordrhein-Westfalen die planerische Zuständigkeit für den Sonderabfall endlich wieder an sich zieht und dafür sorgt, daß ausreichend Standorte für Verbrennungs- und Behandlungsanlagen und die notwendigen Reststoffdeponien gesichert werden.

Altlasten

Auch hier ist das Verursacherprinzip anzuwenden. Falls der Verursacher unbekannt oder rechtlich nicht belangbar ist, besteht hier eine Gemeinschaftsaufgabe von Industrie und öffentlicher Hand. Alte Industriestandorte sind auf

ihre Belastung zu überprüfen und zu sanieren. An den hierbei anfallenden Kosten ist die Industrie mit einer Altlastengefahrenabgabe angemessen zu beteiligen. Das Flächenrecycling ist zügig durchzuführen, um somit Möglichkeiten für neue Industrieansiedlungen zu geben, anstatt immer mehr unbelastete Freiflächen zu versiegeln.

Naturschutz

Umfassender Arten- und Biotopschutz ist erforderlich zum Schutz der natürlichen Vielfalt. Die F.D.P. will eine umfassende, flächendeckende und schnelle Kartierung der Artenbestände, eine kontinuierliche Artenbeobachtung und ein konsequentes Arten- und Biotopschutzprogramm. Dafür sind das rechtliche Instrumentarium und der Vollzug zu verbessern. Die flächendeckende Landschaftsplanung muß bis 1995 abgeschlossen sein.

Das Vorliegen von Landschaftsplänen muß notwendige Voraussetzung für jegliche andere raumbedeutsame Planung sein. Für die Umsetzung der Landschaftsplanung wollen wir den ehrenamtlichen Naturschutz durch bezahlte, vertraglich abgesicherte Vergabe von Pflegearbeiten und Beratungstätigkeiten stärken. Die F.D.P. tritt für ein Klagerecht der nach dem Bundesnaturschutzgesetz anerkannten Verbände ein.

Die Finanzmittel für die Realisierung in Kraft getretener Landschaftspläne müssen bereitgestellt werden. Der Bund wird aufgefordert, stärker als bisher sich der Aufgaben anzunehmen, die durch Maßnahmen einzelner Bundesländer nicht wirksam erfüllt werden können.

Dem ehrenamtlichen Naturschutz sind bessere Informationsmöglichkeiten zu geben.

Zur Stärkung der Naturschutzinteressenvertretung wird die Verbandsklage eingeführt.

Bio- und Gentechnologie

Die Biotechnologien und auch die Gentechnologien gelten weltweit als die Schlüsseltechnologien des 21. Jahrhunderts. In ihrem Einsatz stecken große wissenschaftliche

und wirtschaftliche Möglichkeiten zur Bekämpfung von Krankheiten, für die Ernährung einer wachsenden Menschheit, die Entwicklung umweltfreundlicher Produkte und energiesparender Produktionsweisen und zum Recycling von Abfällen und zur Beseitigung von Altlasten.

Diesen großen Chancen stehen Befürchtungen gegenüber, die Nutzung gentechnisch veränderter Organismen könne nicht beherrschbare Gefahren mit sich bringen.

Die F.D.P. setzt sich daher für klare rechtliche Regelungen ein, die den Schutz der Menschen und ihrer natürlichen Umwelt gewährleisten und gleichzeitig Forschung und Industrie verlässliche Rahmenbedingungen bieten, die es ihnen erlauben, die Chancen der Gentechnologie zu nutzen, und verhindern, daß innovative Forschungs- und Produktionsstätten ins Ausland abwandern.

SCHWERPUNKT: LANDWIRTSCHAFT

Die Lage:

Die Agrarpolitik ist für die F.D.P. in dem Industrieland Nordrhein-Westfalen nicht nur eine Politik für die Verbesserung der Lebensverhältnisse der in der Land- und Forstwirtschaft und im Gartenbau tätigen Menschen. Liberale Agrarpolitik für eine lebenswerte Zukunft ist eine Politik für alle Menschen. Liberale Agrarpolitik in Nordrhein-Westfalen ist deshalb auch ein wesentliches Stück Umwelt-, Gesellschafts- und Sozialpolitik.

Unsere Landwirtschaft trägt mit der Erzeugung von Nahrungsgütern wesentlich dazu bei, die Versorgung unserer Bevölkerung mit hochwertigen Produkten zu gewährleisten. Mit einer verantwortungsbewußten Pflege der über die Jahrhunderte von unseren Landwirten geprägten bäuerlichen Kulturlandschaft leisten unsere Landwirte einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung und zur weiteren Entwicklung einer für uns alle lebenswerten Umwelt.

Diese wichtige Aufgabe darf der Landwirtschaft nicht "umsonst" abverlangt werden. Sie darf nicht zur reinen Staatsaufgabe werden.

Land- und Forstwirtschaft in einem Industrieland wie in Nordrhein-Westfalen sind auch bei uns ein bedeutender Wirtschaftsfaktor und ein Garant für die Erhaltung unserer vielfältigen Landschaft.

Die Einkommen vieler Land- und Forstwirte und die wirtschaftlichen Grundlagen ihrer Betriebe haben durch die sich gerade in den letzten Jahren drastisch verschlechternden Rahmenbedingungen eine negative Entwicklung genommen. Viele bäuerliche Betriebe müssen um ihre Existenz bangen. Unter den Landwirten herrscht oft Verbitterung über die pauschalen Vorwürfe, unsere Landwirte beeinträchtigen die Umwelt!

Die liberale Perspektive:

Für uns Liberale steht der Mensch im Mittelpunkt von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Liberale Agrarpolitik heißt deshalb auch: so wenig staatliche Eingriffe wie notwendig, so viel personelle Entscheidungsfreiheit und Chancen zur Lebensgestaltung wie möglich. Persönliche Leistung, Kreativität und der Wille, an einer aktiven und lebenswerten Zukunft mitwirken und mitgestalten zu können, müssen auch für unsere Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen wieder anerkannte Ziele für ihre Arbeit sein.

Die F.D.P. setzt sich für eine marktwirtschaftlich orientierte Agrarpolitik ein, die sozial abgesichert und in einen umweltverträglichen Rahmen gestellt ist.

Land- und Forstwirtschaft sowie Gartenbau erfüllen für die Menschen unseres Landes lebensnotwendige, gesellschaftliche und soziale Funktionen.

Ziele unserer Agrarpolitik sind:

- den leistungsfähigen bäuerlichen Familienbetrieb zu sichern,

- die Einkommen der Landwirte zu stärken,
- die unternehmerische Entscheidungsfreiheit zu fördern,
- eine gesicherte Versorgung mit hochwertigen Nahrungsgütern zu marktwirtschaftlichen Preisen zu gewährleisten,
- die Vertrauensbasis zwischen Erzeugern und Verbrauchern zu verbessern,
- den ländlichen Raum und die natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten,
- eine volkswirtschaftliche Überproduktion künftig zu vermeiden,
- den landwirtschaftlichen Strukturwandel sozial abzusichern,
- die Vielfalt von Voll-, Zu- und Nebenerwerbsbetrieben zum Zwecke der Einkommenssicherung durch Einkommenskombinationen, eine breite Eigentumsstreuung und eine umweltfreundliche Agrarproduktion zu gewährleisten,
- den Landwirten Nebenerwerbsmöglichkeiten zu eröffnen,
- die geeignete Nutzung leerstehender Gehöfte für andere Zwecke zu ermöglichen,
- die kommunalen Landschaftspflegeaufgaben möglichst auf Landwirte zu übertragen,
- die Förderung außerlandwirtschaftlicher Arbeitsplätze im ländlichen Raum, um eine Mindestbesiedlungsdichte aufrechtzuerhalten.

Wesentliche Elemente unserer Agrarpolitik sind:

1. Die Kennzeichnungspflicht aller Agrarprodukte über ihre Herkunft (wie schon bei Milcherzeugnissen) und über ihre Zusammensetzung.
2. Die Schaffung eines Gütesiegels für Fleisch und Fleischprodukte von artgerecht gehaltenen Tieren.
3. Die Förderung der weiteren Entwicklung von Agrarerzeugnissen mit neuen Marktchancen (ökologischer Landbau, nachwachsende Rohstoffe).
4. Eine flexiblere Gestaltung der Milchquotenregelung.
5. Flächenstilllegung und Extensivierung mit einer wirtschaftlich angemessenen Ausgleichsleistung.
6. Förderung der Aufforstung von landwirtschaftlich genutzten Flächen durch Bereitstellung von

Nutzungsausfallentschädigungen zusätzlich zur Auf- forstungsbeihilfe, Ausweitung von Flächen zum Anbau von Weihnachtsbäumen.

7. Schaffung eines Biotop-Verbundsystems und ausreichender Wasserschutzgebiete durch möglichst langfristige Anpachtung von dafür geeigneten Flächen oder Ausgleichszahlungen für die Bereitstellung solcher Flächen, die landwirtschaftlich nur noch extensiv oder nicht mehr genutzt werden.
8. Bestandsobergrenzen in der Viehhaltung.
9. Anpassung des sozialen Netzes an die Notwendigkeit des Strukturwandels (differenzierte Zuschüsse zu den Beiträgen für die landwirtschaftliche Alters- und Krankenkasse, Unfallversicherung, Wiedereinführung der Landabgabereute und Verbesserung der Produktionsaufgabereute).
10. Ausrichtung der Ausgleichszulage im Bergbauernprogramm an die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Betriebe.
11. Forschungsförderung für abbaubare und rückstandsfreie Pflanzenschutzmittel.

Agrarpolitik muß bezahlbar bleiben. Sie ist Teil der allgemeinen Wirtschaftspolitik.

Aufgrund des züchterischen und technischen Fortschritts konnte eine Produktionssteigerung im Agrarsektor erreicht werden. Abnahmegarantien der EG für Agrarprodukte und -erzeugnisse haben aufgrund von EG-Vorschriften zu erheblichen Produktionsüberschüssen geführt.

Die Landwirtschaft muß auch in Nordrhein-Westfalen regionale Marktchancen nutzen und die Ballungsgebiete in Nordrhein-Westfalen mit Frischprodukten beliefern können. Eine verbraucherorientierte nordrhein-westfälische Landwirtschaft kann damit ihre Absatzmöglichkeiten verbessern.

Gerade im Rahmen einer verbrauchernahen Produktion kommen auf den Landwirt zusätzliche Aufgaben zu, wie z.B. die Direktvermarktung seiner Produkte. Hier entstehen Tätigkeitsfelder, die der einzelne Landwirt nicht mehr alleine

ausfüllen kann. Deshalb wird es notwendig werden, daß sich landwirtschaftliche Betriebe zusammenschließen, um durch Selbsthilfeorganisationen diese Aufgaben zu realisieren.

Im Rahmen des Strukturwandels unserer Landwirtschaft muß neben der Extensivierung und Flächenstillegung Vollerwerbslandwirten eine wirtschaftlich sinnvolle Erweiterung erhalten bleiben. Durch Wahrnehmung neuer Aufgaben könnten der Landwirtschaft zusätzliche Einnahmequellen erschlossen werden.

Dem hohen Bedarf an Energie im Gartenbau ist Rechnung zu tragen. Die Liberalen unterstützen die Nutzung von Abwärme der Kraftwärme-Kopplung und die Solarenergie.

Nicht alle Haushalte des ländlichen Raumes können unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten den kommunalen Kläranlagen angeschlossen werden. Somit ist auch in Zukunft die Möglichkeit häuslicher Kläranlagen festzuschreiben, wenn deren ordnungsgemäßer Betrieb gesichert ist.

Die landwirtschaftliche Nutzfläche ist die Betriebsfläche des Landwirts. Auf jede Nutzungseinschränkung dieser Flächen wird die Landwirtschaft sehr sensibel reagieren. Der Boden der Landwirte gehört zu den volkswirtschaftlichen Produktionsfaktoren. Diese Lebensgrundlage der Landwirtschaft hat die gleiche Bedeutung wie die Gewerbeflächen für Handwerk, Handel und Industrie.

Der ländliche Raum darf nicht zur Grünkolonie, zum Raum für Trinkwassergewinnung, zum Freiraum für Deponien und kostenlosen Naherholungsgebieten verbraucht werden.

Die Erhaltung unserer Kulturlandschaft und der notwendige Umweltschutz kann nur mit den Landwirten erfolgreich durchgesetzt werden.

SCHWERPUNKT: SOZIAL- UND GESUNDHEITSPOLITIK

Die Lage:

Liberalen Traditionen und liberalen Denkvorstellungen entspricht es, Fürsorge für den Nächsten und individuelle Eigenverantwortung miteinander zu vereinbaren. Sozial- und Gesundheitspolitik sind wie kaum ein anderer Bereich öffentlichen Handelns abhängig vom Wirtschaftsleben und der Bevölkerungsstruktur. Es ist der Irrtum der Sozialisten, Sozialpolitik weitgehend unabhängig von unverzichtbaren Bedürfnissen des einzelnen als Instrument finanzieller Umverteilung und zur Steigerung gesellschaftlicher Machtkonzentrationen einzusetzen, dem arbeitenden Menschen und künftigen Generationen im Grunde unbegrenzte Lasten zugunsten uferlos wuchernder Sozialausgaben und dogmatischer Vermögensverteilung aufzuerlegen. Es ist der Irrtum der Konservativen, Sozial- und Gesundheitspolitik unter der Zielsetzung politischer Beruhigung zu sehen, ihr damit tragfähige eigene Werte abzuspüren und sie so der schöpferischen Dynamik des einzelnen zu berauben.

Die liberale Perspektive:

Die F.D.P. will auch im Sozial- und Gesundheitswesen die Rechte des einzelnen und der Selbstverwaltung im Gesundheitswesen stärken. Wir Liberalen lehnen alle Bestrebungen, das Gesundheitswesen zu verstaatlichen, auf das Entschiedenste ab. Die freie Arztwahl und die Therapiefreiheit dürfen nicht eingeschränkt werden. Die F.D.P. setzt sich für eine umfassende Reform des Medizinstudiums ein, um eine patientenbezogene Ausbildung zu gewährleisten. Dazu gehören auch eine Anpassung der Kapazitätsverordnung und eine weitgehende Einbeziehung der Hochschulen in das Zulassungsverfahren. Eine Einschränkung der Niederlassungsfreiheit für Ärzte lehnen wir ab. Die Naturmedizin muß einen gewichtigeren Platz als bisher erhalten.

Drogen und AIDS

Im Zusammenhang mit der Abhängigkeit von Alkohol, Drogen, Medikamenten und Suchtmitteln fordert die F.D.P. eine verstärkte Gesundheitserziehung in den Schulen und eine

gezielte Aufklärung in den Betrieben und den Behörden, bei allen Ärzten und den Beratungsstellen sowie eine breit angelegte kommunale Anti-Drogen-Kampagne. Wir brauchen mehr Therapieplätze für diejenigen, die von Drogenkonsum und der Beschaffungskriminalität wegkommen wollen. Darüber hinaus brauchen wir mehr ambulante Nachsorge nach einem Entzug.

Oberstes Ziel jeder Drogentherapie muß die Abstinenzbehandlung sein. Dies schließt unter bestimmten Umständen eine medikamentengestützte Therapie unter Einbeziehung einer Ersatzdroge nicht aus. Bei allen Therapiekonzepten ist eine medizinische Überwachung und therapeutische Begleitung einschl. Nachsorge sicherzustellen. Substitutionsbehandlungen mit Methadon allein beseitigen die Sucht nicht. Auch Methadon schädigt den Körper, verstärkt die Abhängigkeit und kann neue Abhängigkeit schaffen. Ein Entzug ist außerordentlich schwierig. Dennoch eignet sich Methadon als Übergangstherapie in Einzelfällen (z. B. bei Schwangerschaft, Rückzug aus der Szene und Illegalität, AIDS-Erkrankung, Strafvollzug).

AIDS ist bislang eine tödliche Herausforderung. Die Zahl der HIV-Infizierten und AIDS-Kranken nimmt weiter zu. Bis heute sind keine Heilmittel und Impfstoffe verfügbar. Die wichtigsten Maßnahmen der AIDS-Bekämpfung sind deshalb Aufklärung und Anleitung zu verantwortlichem Sexualverhalten sowie Beratung und Betreuung von Infizierten und Erkrankten. Alle geeigneten Maßnahmen, die in den vergangenen Jahren begonnen worden sind, müssen in der nächsten Legislaturperiode weiter fortgeführt werden. Auslaufende Bundesprogramme müssen vom Land weitergeführt werden.

Altenpolitik

Die Auswirkungen der demographischen Entwicklung in Niveau und Struktur, insbesondere die Zahl Älterer und hochbetagter Mitbürger, haben das Problemfeld "Pflegebedürftigkeit" zu einem zentralen politischen Thema werden lassen. Deshalb fordert die F.D.P.:

Es müssen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß ältere oder hilfsbedürftige Menschen so lange wie möglich in ihrer gewohnten Umgebung verbleiben können. Dies ist nur möglich, wenn vorhandene soziale Dienste ausgebaut und durch leistungsfähige ambulante und stationäre Dienste, insbesondere auch durch Einrichtungen für Kurzzeit- und Tagespflege bedarfsgerecht ergänzt werden. Als wichtige Voraussetzung ist darüber hinaus die Haus- und Nachbarschaftshilfe zu fördern, das Angebot von Essen auf Rädern überall verfügbar zu machen, Notrufsysteme sind zu installieren und auszubauen.

Es muß für eine behindertengerechte Unterbringung älterer Behinderter gesorgt werden. Wenn diese nicht mehr in den Familien versorgt werden können, werden sie oft aus Mangel an geeigneten Heimplätzen in psychiatrischen Kliniken untergebracht, wo sie verdämmern.

Die Garantie der Trägervielfalt und die finanzielle Chancengleichheit müssen gestärkt werden, damit durch einen maßvollen Wettbewerb die Leistungsfähigkeit der sozialen Dienste und ihre Kosten begrenzt werden. Nur Trägervielfalt garantiert nach Auffassung der Liberalen auch Auswahlmöglichkeiten für den Pflegebedürftigen. Die F.D.P. fordert darüber hinaus, sowohl in der Altenpflege als auch in Akutkrankenhäusern mehr Personal, eine verbesserte Bezahlung und eine verbesserte Qualifizierung des Pflegepersonals sowie die Einrichtung eines Fachhochschulstudiums, das leitende Pflegekräfte für hochwertige Aufgaben in Pflege- und Behandlungsdienst sowie in Management und Ausbildung qualifiziert. Darüber hinaus fordern wir verbesserte Möglichkeiten, private Pflegeversicherungen steuerlich absetzen zu können einschließlich ihrer Berücksichtigung im Rahmen einer erweiterten Vermögensbildung der Arbeitnehmer.

Rettungsdienst

Um die Wirksamkeit von Rettungsdiensten zu erhöhen, schlägt die F.D.P. u.a. vor, daß alle öffentlichen Fernsprecheinrichtungen mit gebührenfreiem Notrufanschluß 110 eingerichtet werden. Notrufmelder sollten auch an allen Bundes- und Landstraßen installiert werden.

SCHWERPUNKT: STÄDTEBAU, WOHNUNGSPOLITIK UND LANDESPLANUNG

Die Lage:

In zehn Jahren Alleinherrschaft der SPD in NRW hat sich die Landesplanung überwiegend auf allgemeine Plankonzepte ohne Maßnahmebezug beschränkt. Der in Gang gekommene Strukturwandel in NRW ist eine Chance für die Verbesserung der Lebensbedingungen in unseren Städten und Gemeinden. Da Umwelt- und Umfeldqualität sowie der ständig wachsende Freizeitwert zu immer wichtigeren Standortkriterien bei der Ansiedlung von Gewerbe und Industrie geworden sind, kann der ländliche Raum mit seinen überschaubaren, weitgehend intakten Gemeinden und der freien Landschaft die bisherigen Arbeitsplatzdefizite abbauen, während die Ballungszonen die Aufgabe haben, ihre oft heterogene Siedlungsstrukturen in Ordnung zu bringen. Indes hat es die SPD in langen Regierungsjahren nicht geschafft, beispielsweise der Struktur des Ruhrgebiets ein städtebauliches Gesicht und eine städtische Identität zu geben. Ein Wohn- und Arbeitsfeld, in dem man sich wohl fühlt, ist kein Luxus, sondern Voraussetzung für eine zukunftsträchtige, gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung.

Die liberale Perspektive:

Die F.D.P. bleibt trotz der gegenwärtigen angespannten Wohnungssituation, nicht zuletzt bedingt durch den großen Zuzug von Aus- und Übersiedlern, bei ihrer grundsätzlichen Auffassung, daß die wohnungsmäßige Versorgung der Bevölkerung weitestgehend dem Wohnungsmarkt überlassen bleiben soll. Soziale Schwierigkeiten lassen sich am besten durch das individuell gewährte Wohngeld regeln und nicht durch den kurzfristigen Bau von Billigwohnungen.

Soweit der Staat für die Beschaffung geeigneten bezahlbaren Wohnraums für bestimmte Bevölkerungsgruppen gefordert bleibt, z.B. für Alte, Behinderte, junge Familien, Alleinerziehende und Studenten, wollen wir, daß das bisherige Instrumentarium des sozialen Wohnungsbaus und der sozialen Wohnungsversorgung noch flexibler gestaltet wird, z.B. durch Vertragslösungen aller Art. Und die Zuständigkeit hierfür muß vor Ort bei den Gemeinden

liegen. Hintereinander geschaltete Bürokratien in Bonn, Düsseldorf und in den Gemeinden dienten noch nie der Effizienz zur Aufgabenerfüllung. Die Gemeinden müssen ihren dadurch bedingten Finanzierungsaufwand zu Lasten von Bund und Ländern refinanzieren können. Hierfür sollen von den Ländern verwaltete Fondsvermögen geschaffen werden, in die Bund und Länder alle Zinsen, Rückflüsse und Fehlbelegungsabgaben des bisherigen sozialen Wohnungsbaus einspeisen.

Neben dem sozialen Wohnungsbau sollen private Investoren durch staatliche Bürgschaften, Kreditgarantiegemeinschaften und Versicherungen auf Gegenseitigkeit dazu angeregt werden, im Rahmen neuer Finanzierungsmodelle die Errichtung von Mietwohnungen und Eigentumsmaßnahmen durchzuführen. Aus liberaler Sicht ist die Förderung der Eigentumbildung nicht nur über steuerliche Maßnahmen, sondern durch direkte Zuwendungen der effektivste und schnellste Weg zur Entlastung der Wohnungsmärkte. Um zusätzlichen neuen Wohnraum ohne Inanspruchnahme neuer Flächen preiswert und schnell zu erhalten, wird die F.D.P. folgende Maßnahmen durchführen: Genehmigung von Dachgeschoßausbau bei den Gebäuden mit bis zu vier Vollgeschossen ohne Anrechnung auf die bisher gültige Geschoßflächenzahl als Maß der baulichen Nutzung; Schließung von Baulücken in den Ortslagen und den genehmigten Bebauungsplangebieten; Schließung von Baulücken im Außenbereich, soweit Ver- und Entsorgung gesichert sind; Genehmigung von bis zu zweigeschossigen Häusern außerhalb von Siedlungsschwerpunkten sowie vorrangige Sanierung von Altlastengebieten, um brachliegende Gewerbegebiete wieder nutzbar zu machen.

Die F.D.P. setzt sich für die Stärkung der Landesplanung in den Bereichen ein, in den aus sachlichen Gründen überörtliche Konzepte und Umsetzungsprogramme erforderlich sind. Unter Beibehaltung der kommunalen Planungshoheit für die Städte und Gemeinden in NRW werden wir folgende Aufgaben schwerpunktmäßig umsetzen:

- Bereitstellung erforderlicher Siedlungsflächen für den Wohnbereich und Gewerbeflächen für zukunftsorientierte Industrie- und Gewerbebetriebe,
- Der Flächenbedarf von Gewerbe- und Industriebetrieben oder auch Dienstleistungsunternehmen ist vorrangig durch Inanspruchnahme von aufgegebenen Industrie- und Gewerbeflächen, erforderlichenfalls unter Sanierung von Altlasten, zu befriedigen,
- Bestandsaufnahme der Altlastengebiete und Prioritätenliste für ihre Sanierungen,
- Sicherung der Energieversorgung.

Der Einfluß der Landesplanung muß dort zurückgeschnitten werden, wo er die kommunale Planungshoheit über Gebühr beeinträchtigt. Die kommunale Planungshoheit muß als schützenswerter Belang (örtliche Originalität) in den Schutzzweck der Landesplanung ausdrücklich einbezogen werden. Es darf nicht länger sein, daß in die von Bürgerschaft und Rat vor Ort getroffenen Entscheidungen die ortsfernen Verwaltungsinstanzen (Ministerien, Regierungspräsidenten) ohne den Nachweis überörtlicher Notwendigkeiten eingreifen.

Die F.D.P. will besonders den städtischen Raum als Kommunikationszentrum wieder entdecken. Seine ästhetische, ökologische und kulturelle Aufwertung steht deshalb im Mittelpunkt der Stadterneuerung durch die F.D.P. Die vielgestaltigen städtebaulichen Aufgaben in unseren Städten und Gemeinden verlangen nach phantasievollen, qualifizierten Planungen. Hier sind die freien Architekten, Stadt- und Landschaftsplaner mehr gefordert als landesweite staatliche Gesellschaften. Die F.D.P. fordert parallel zur Stadtentwicklung die Öffnung des ländlichen Raumes zur Schaffung außerlandwirtschaftlicher Arbeitsplätze durch Nutzung leerstehender Gehöfte für Fremdenverkehr, Wohnungsbau und Gewerbeansiedlung.

Die unterschiedlichen, ineinandergreifenden Investitionsbereiche wie Stadterneuerung, Verkehrsplanung und Wohnungsbau wollen wir Liberalen enger miteinander verknüpfen, um teure Fehlinvestitionen zu vermeiden. Dazu gehört auch, daß die bisherigen umständlichen und teuren

bürokratischen Entscheidungsabläufe auf allen Planungs- und Entscheidungsebenen vereinfacht werden.

SCHWERPUNKT: VERKEHRSPOLITIK

Die Lage:

Nordrhein-Westfalen ist als Wirtschaftsstandort attraktiv. Seine günstige Verkehrslage muß weiter mit allen Kräften gefördert werden. Durch sinnvolle Arbeitsteilung zwischen den Verkehrsträgern Schiene, Straße, Wasser und Luft kann die Wettbewerbsfähigkeit des Landes gestärkt und können die Vorteile eines größeren gemeinsamen EG-Marktes dauerhaft gesichert werden. Auch wenn besonders das Straßennetz in NRW schon eine beachtliche Dichte erreicht hat, sind noch eine Vielzahl von Ausbaulücken bei den Fernstraßen, grenzüberschreitenden Verbindungen, Umgehungsstraßen und Ortsdurchfahrten zu bauen. Leistungsfähige Schnellbahnverbindungen sind ein wichtiger Bestandteil der Verkehrsinfrastruktur in NRW. Sie sind Voraussetzung für eine funktionierende arbeitsteilige Wirtschaft in Europa. Ihre Bedeutung wird durch den einheitlichen Binnenmarkt ab 1993 weiter zunehmen. Insgesamt sucht sich die Wirtschaft auch in Nordrhein-Westfalen ihre Transportmittel und Transportwege nach unternehmerisch kaufmännischen Zweckmäßigkeiten. Hier hat die Straße als Transportweg mit den flexibleren und freizügigeren Möglichkeiten auch in Nordrhein-Westfalen erhebliche Vorteile gegenüber Schiene und Wasserstraße. Der öffentliche Personennahverkehr hat im Wirtschaftsleben des Landes eine immense Bedeutung. Auch hängt das wettbewerbsmäßige Schicksal des Landes zu einem großen Teil von den Flugverbindungen in alle Welt ab.

Die liberale Perspektive:

Die F.D.P. fordert generell, daß die Hauptverkehrs- und Verbindungsstraßen zu bzw. aus den Zentren nachfrage- und marktgerecht und so umweltverträglich wie möglich ausgebaut werden. Beherzt sollte mit der Schließung von Ausbaulücken im Fernstraßennetz begonnen werden, insbesondere zur Anbindung und Verknüpfung der strukturschwachen Gebiete des Landes. Der Fernverkehr muß aus den

Kommunen herausgenommen werden. Dabei muß jedoch stets auch ökologischen Gesichtspunkten Rechnung getragen werden.

Wir Liberalen lehnen Bürgerbevormundung und zwangsweise Umerziehung auch in der Verkehrspolitik ab. Die steigende Zahl der Kraftfahrzeuge bringt aber zweifellos zunehmende Umwelt- und Sicherheitsprobleme mit sich. Daher muß die Politik noch mehr Anreize für die Automobilindustrie schaffen, weniger die Umwelt belastende Fahrzeuge zu entwickeln, und zwar sowohl von der Geräusentwicklung als auch von Material- und Energieverbrauch wie auch von der Wiederverwendbarkeit des eingesetzten Materials her gesehen. Dazu bedarf es langfristiger verlässlicher Rahmendaten.

Der Umstieg ist von Individualverkehrsmitteln auf den öffentlichen Personenverkehr zu erleichtern, insbesondere durch bessere Vernetzung der Verkehrssysteme und bedarfsgerechtere Ausgestaltung öffentlicher Verkehrsmittel. Außerdem muß die Politik noch mehr Anreize für die Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs schaffen.

Die F.D.P. setzt sich dafür ein, daß das Schnellbahnnetz zwischen den nordrhein-westfälischen und europäischen Wirtschaftszentren und Ballungsräumen möglichst schnell ausgebaut wird. Neben dem Schnellbahnverkehr auf der Grundlage der Rad- und Schienentechnik gewinnt die Magnetschwebbahn "Transrapid" an Bedeutung.

Sie bietet eine Alternative zum Inlandflugverkehr, der im Kurzstreckeneinsatz den höchsten Energieeinsatz und nach Personenkilometern den höchsten Kohlendioxidausstoß gegenüber anderen Verkehrsmitteln hat.

Die zur Zeit in der Diskussion befindliche Trassenführung zeigt jedoch, daß Fragen der Umwelt- und Stadtverträglichkeit des neuen Verkehrssystems bisher nicht befriedigend beantwortet werden können.

Die Sorgen und Ängste in der von der Planung und dem Bau der Transrapidbahn betroffenen Bevölkerung sind daher verständlich und müssen ernst genommen werden.

Die F.D.P. fordert daher die Einsetzung einer unabhängigen Expertenkommission "Transrapid". Die Kommission erhält den Auftrag, das Verhältnis des spezifischen Verkehrswertes des Magnetschwebbahnsystems zu den zu erwartenden Umweltbelastungen festzustellen und dieses Ergebnis zu vergleichen mit dem Verhältnis Verkehrswert/Umweltbelastung anderer Verkehrsmittel (Straße, Schiene, Luft).

Die F.D.P. ist der Auffassung, daß durch sinnvolle Arbeitsteilung zwischen den Verkehrsträgern Schiene, Straße, Wasser und Luft die Wettbewerbsfähigkeit des Landes gestärkt werden kann. Wir Liberalen fordern die Einrichtung flächendeckender regionaler Güterverkehrszentren unter besonderer Beachtung der Strukturen der Mittelzentren des Landes, ein Konzept für ein langfristig gesichertes Eisenbahn-Güterverkehrsnetz, die Förderung der Kooperation mittelständischer Güterverkehrsbetriebe untereinander mit der Deutschen Bundesbahn und der Binnenschifffahrt sowie den Ausbau der nordrhein-westfälischen Häfen besonders für den kombinierten Verkehr. Zur Aufrechterhaltung und Sicherung des öffentlichen Personennahverkehrs wollen wir u.a. attraktive Umsteigeplätze (Bahnhöfe mit ausreichenden Parkplätzen), genügende Bedienungshäufigkeit (Taktfahrpläne, übersichtliche und einheitliche Tarifsysteme), Ampelvorrangschaltungen und separate Bus- und Taxispuren, bessere Koordinierung der Verkehrsleistungen sowie Grundversorgung auch am Abend und am Wochenende durch Einführung von Anrufsammeltaxen, Kleinbussen etc. Viel stärker als bisher sind private Anbieter von Verkehrsleistungen einzubeziehen.

Hinsichtlich der Verkehrssicherheit fordert die F.D.P. die Einrichtung weiterer Sicherheitsplätze in NRW und setzt sich dafür ein, daß Führerscheinneulinge frühestens ein Jahr nach Erwerb des Führerscheins, aber noch innerhalb der Führerscheinprobezeit, ein Verkehrssicherheits-training zu absolvieren haben.

Die F.D.P. fordert darüber hinaus, daß Fahrer von Schulbussen und Gefahrguttransporten zu regelmäßiger Weiterbildung verpflichtet werden.

Gefahrgüter sind soweit als möglich auf die Schiene zu verlegen.

Die Sicherung und Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der NRW-Wirtschaft macht nach Auffassung der Liberalen den Ausbau und den Verbund der rheinischen Großflughäfen Düsseldorf und Köln/Bonn zu einer gemeinsamen Drehscheibe für den interkontinentalen Luftverkehr notwendig.

Die F.D.P. fordert auch den funktionsgerechten Ausbau der westfälischen Flugplätze Münster/Osnabrück, Paderborn/Lippstadt, Siegerland und Dortmund sowie ihre Einbeziehung in das künftige Netz des grenzüberschreitenden europäischen regionalen Luftverkehrs.

Ferner setzt sich die F.D.P. für die ökonomische Optimierung des Verkehrsangebotes durch Integration des Flughafens Köln/Bonn in das Kölner S-Bahn-System und in das Intercity-Netz der Bundesbahn ein.

Wegen der Luftverschmutzung ist dem inneneuropäischen Schienenverkehr gegenüber dem Flugverkehr Vorrang einzuräumen. Daher sind Investitionen der öffentlichen Hand für den Schienenverkehr auch auf europäischer Ebene notwendig.

Zur Verminderung des Fluglärms und der Luftverschmutzung an den Flughäfen besteht die F.D.P. auf einer konsequenten Bevorzugung der besonders umweltfreundlichen Flugzeuge mit modernster Technik und auf einer ebenso konsequenten Benachteiligung der besonders lauten Flugzeuge älterer Bauart.

Die Nachtruhe besitzt eine besondere Qualität für vom Lärm betroffene Anwohner. Daher sind an Nachtflüge besonders hohe Anforderungen zu stellen, die

Lärmentwicklung muß auf das unerläßliche Minimum 55 db beschränkt werden.

Für die Sicherstellung einer möglichst umweltverträglichen Flugzeugführung ist die Radarkomponente der Flugsicherung für Köln/Bonn von Düsseldorf nach Köln zurückzuverlegen.

SCHWERPUNKT: KOMMUNALPOLITIK

Die Lage:

Wettbewerbsfähigkeit ist das Ziel nicht nur in der Weltwirtschaft, sie ist ebenfalls notwendiger Denkanlass der Kommunal- und Regionalpolitik. Es wird, wenn Gebietskörperschaften mehr wie Unternehmen geführt und weniger wie Anstalten verwaltet werden, der Wettbewerb auch in der Kommunalpolitik etwas ändern: Ideologie wird weniger, Tüchtigkeit mehr zählen.

Die liberale Perspektive:

Wir sehen in der kommunalen Selbstverwaltung ein wesentliches Element der verfaßten Demokratie. Das Recht der Bürger auf Mitwirkung an den öffentlichen Angelegenheiten gehört zu den unverzichtbaren demokratischen Grundsätzen. Die kommunale Selbstverwaltung ist eine Grundvoraussetzung für den Aufbau eines Europas der Bürger und gegenüber Tendenzen zu stärken, die Verwaltung bei den staatlichen Organen zu konzentrieren und durch vorrangiges europäisches Gemeinschaftsrecht auszuhöhlen.

Es gehört zum fortschrittlichen Liberalismus, ständig nach Mitteln und Wegen zu suchen, wie die Freiheit des Bürgers gesichert, gestärkt und erweitert werden kann. Gefragt sind also Freiheitsinnovationen. Dies gilt besonders für die Ebene der Gemeinde, den unmittelbaren und überschaubaren praktischen Lebensbereich des Bürgers. Es geht dabei auch entscheidend um die Verbesserung der Handlungs- und Leistungsfähigkeit der Gemeinde, denn die Leistungsfähigkeit der Gemeinde ist die Infrastruktur für persönliche Chancen. Erstes Ziel muß es daher sein, dem Bürger in seiner Gemeinde, im Rahmen des auch in der

kommunalen Selbstverwaltung repräsentativ verfaßten demokratischen Systems, ein Höchstmaß an entscheidungsrelevanten Mitbestimmungsrechten einzuräumen, hierzu gehört auch ein Bürgerbegehren.

Die Integration dieser Rechte über den Gemeinderat muß durch eine entsprechende Aufgabenstellung über die Kontrolle hinaus ein Beitrag zur Kreativität und Leistungsfähigkeit der Gemeinde sein. Notwendig ist dafür eine Verankerung solcher Rechte, Zuständigkeiten und Verfahren im Rahmen einer umfassend reformierten Gemeindeordnung. Wir Liberalen stellen fest, daß nach über 40 Jahren NRW die Gemeindeverfassung den Anforderungen der Gegenwart nicht mehr entspricht.

Deshalb fordert die F.D.P.

- mehr Einfluß des Bürgers bei der Kommunalwahl, so z.B. das Recht des Bürgers, einem Bewerber bis zu drei Stimmen zu geben (kumulieren) und Bewerber aus einem anderen Wahlvorschlag zu übernehmen (panaschieren),
- die Einführung des Bürgerbegehrens,
- daß die Wahrnehmung eines kommunalen Mandats für alle Bürger zeitlich möglich sein muß. Die Arbeit von Rats- und Ausschußmitgliedern muß sich auf das wesentliche beschränken,
- daß die örtlichen Bezirksvertretungen ein größeres eigenes Gestaltungsrecht erhalten,

Erforderlich ist zudem ein umfassender Gestaltungs- und Verantwortungsrahmen der kommunalen Selbstverwaltung vor Ort, der möglichst frei ist von gängelnden Fremdeinflüssen durch übergeordnete Instanzen. Dies erfordert einen systematischen Bürokratieabbau. Zusammenhängend damit müssen insbesondere ein weitgehender Regelungsverzicht, Überprüfung von Subventionen und die Fortführung der Funktionalreform durchgesetzt werden.

Als Partei des einzelnen Bürgers und der persönlichen Freiheit ist die F.D.P. für die Gefahren einer zunehmenden Bürokratisierung unserer Gesellschaft seit langem

sensibel. Zu den liberalen Zielen gehört seit jeher, überflüssige Gesetze und Verordnungen abzuschaffen, jedes neue Gesetz und jede Novellierung auf ihre Notwendigkeit zu überprüfen, Rechtsvorschriften in eine dem Bürger verständliche Sprache zu bringen und Initiativen zur Verfahrensvereinfachung und -beschleunigung zu ergreifen.

Die Entbürokratisierung ist eines der dicksten Bretter, das man in der Politik bohren kann. Widerstand leisten nicht nur die Bürokraten, sondern auch ein weitreichendes Kartell von Verbänden und Großorganisationen, die es sich bequem gemacht haben im Regelungsdickicht, aus dem heraus sich Eigeninteressen so schön im Verborgenen verfolgen lassen. Auch die Politiker sind für die zunehmende Bürokratisierung mitverantwortlich, denn sie sind nur allzugern bereit, den Forderungen nach neuen Vorschriften und Gesetzen nachzugeben und diese sogar zu unterstützen.

Die Belastungen unserer Gemeinden wachsen ständig. Die Kosten, z. B. für den unverzichtbar vorsorgenden Umweltschutz und die Sozialausgaben steigen überdurchschnittlich. Die im Grundgesetz verankerte Selbstverwaltungsgarantie der Kommunen kann nur dann gesichert werden, wenn ihre Finanzkraft gestärkt wird. Außerdem darf eine weitere Verlagerung von Bundes- und Landesaufgaben auf die kommunale Ebene nur gegen Ersatz der entsprechenden Kosten erfolgen.

Schließlich ist eine strukturelle Neukonzeption des kommunalen Finanzausgleichs erforderlich. Sie muß für eine dauerhaft verteilungsgerechte, transparente, berechenbare und stetige Finanzausstattung der Gemeinden Sorge tragen. Nur so ist eine kommunale Selbstverwaltung auf Dauer in der Lage, ihren Handlungsspielraum zu erhalten und ihre Leistungen für den Bürger zu erbringen. Diese Ziele sind die Eckpunkte eines zusammenwirkenden und sich verstärkenden Funktionsdreiecks, und die F.D.P. wird an diesem Gesamtkonzept festhalten.

SCHWERPUNKT: INNENPOLITIK

Die Lage:

Eine bürgernahe und effektive Verwaltung ist die Grundlage für demokratisches Zusammenleben der Bürger. Die Verwaltung hat die Leistungen der öffentlichen Hand im Rahmen der Gesetze auf einfache und wirksame Weise sicherzustellen. Unter diesem Aspekt ist die Lage in NRW prekär: Die überlange Regierungszeit der SPD hat dazu geführt, daß die Lenkungs- und Kernbereiche des öffentlichen Dienstes in Nordrhein-Westfalen durch und durch mit Sozialdemokraten besetzt sind. Diese Parteipolitisation des Beamtenapparates gefährdet in NRW das System der Gewaltenteilung, setzt die Herrschaft einer Partei an die Stelle des Parlamentes und der Gesetze, schaltet den Beamtenapparat, der den Bürger und dem Gemeinwesen zu dienen hat, auf politischen Gehorsam um und beseitigt so unabhängige Beratung des Bürgers.

Zudem ist, dank einer entsprechend laschen SPD-Politik, der Bereich der inneren Sicherheit in NRW sträflich vernachlässigt worden. Es fehlt jegliche Konzeption für eine Polizeiarbeit, die den aktuell drohenden Gefahren der Drogenkriminalität und der organisierten Kriminalität gerecht wird. Die Handlungsfähigkeit der Polizei in NRW insgesamt entspricht überhaupt nicht mehr dem objektiven Aufgabenzuwachs.

Die liberale Perspektive:

Die F.D.P. hält ein leistungsfähiges Berufsbeamtentum nach wie vor für unverzichtbar, doch sollte es auf die unbedingt notwendigen Bereiche hoheitlichen Handelns begrenzt sein. Wir wenden uns gegen die Parteipolitisation des Beamtenapparates, der in unserem Land dazu geführt hat, daß das Parteibuch und nicht die Leistung über Einstellung und Aufstieg im öffentlichen Dienst entscheidet. Die Mitbestimmungs- und Vertretungsrechte im öffentlichen Dienst müssen dringend auf die persönlichen und sozialen Angelegenheiten der Beschäftigten konzentriert werden, um den politisch Verantwortlichen und den Dienststellenleitern wieder den notwendigen Handlungsspielraum für die Effektivitätssteigerung der

Verwaltung und den technischen Wandel der Verwaltungsarbeit zu geben.

Wir wollen eine handlungsfähige und bürgernahe Polizei. In diesem Bereich besteht ein eminenter Personalmehrbedarf. Die hohen Anforderungen an den Polizeidienst erfordern dringend eine Funktionsbewertung polizeilicher Arbeit.

Insgesamt ist eine Modernisierung des Arbeitsumfeldes der Polizei dringend erforderlich. Der Streifendienst der Schutzpolizei, die Polizeiwachen sowie die Arbeitsplätze der Kriminalbeamten sollten computerunterstützt eingerichtet werden, um die Beamten von Routinearbeiten zu entlasten und einen schnellen Zugriff auf die Aktenhaltung zu ermöglichen. Die Polizei muß mit moderner Informationstechnik ausgestattet werden.

Zur Bekämpfung der Drogenkriminalität fordern wir:

- die verstärkte internationale Zusammenarbeit im inner- und außereuropäischen Ausland,
- die verlässliche Außenkontrolle aller Länder der Europäischen Gemeinschaft gegen Rauschgiftimporte,
- die effektive Kontrolle möglicher Transportmittel, also auch der Schiffe und Flugzeuge. Die Kontrolle muß "privatisiert" sein, d.h., es muß das wirtschaftliche Eigeninteresse der Reeder und Spediteure daran geschaffen werden, daß ihre Transportmittel nicht zur Verbrechensbegehung mißbraucht werden,
- wir fordern die "privatisierte" Kontrolle der Banken zur Verhinderung des Geldwaschens. Die Möglichkeiten der Bankenaufsicht in diesem Bereich müssen drastisch verstärkt werden.

Ohne professionell gemachte Aufklärung und ein größeres Angebot von Therapieplätzen bleibt die Bekämpfung der Drogenkriminalität nur Stückwerk. Wirksame Kontrollen an den Außengrenzen der EG und verstärkte zwischenstaatliche Zusammenarbeit von Polizei und Justiz, besonders bei der Bekämpfung der Drogenkriminalität und des Terrorismus, gewährleisten zugleich, daß die innere Sicherheit in NRW

durch Abschaffung der Binnengrenzkontrollen nach dem Schengener Abkommen sowie im Rahmen des gemeinsamen Marktes nicht gefährdet wird.

Neben den großen Aufgaben im Polizeibereich bedarf auch der Zivil- und Katastrophenschutz verstärkt politischer Unterstützung. Wirksame Konsequenzen aus dem Unglück von Tschernobyl für unseren Zivil- und Katastrophenschutz sind bislang unterblieben.

Dringend erforderlich ist auch eine bessere finanzielle Ausstattung der Feuerwehren. Gerade die wachsenden Aufgaben im Bereich der technischen Hilfeleistung erfordern eine gute technische Ausstattung bei den Feuerwehren, und diese ist sehr teuer. Deshalb wollen wir Freien Demokraten die Mittel aus der Feuerschutzsteuer nicht zur Finanzierung von Landeseinrichtungen, sondern zur Unterstützung der Feuerwehren vor Ort nutzen.

Mehr als bisher wird sich die Innenpolitik dem verantwortlichen Umgang mit modernen Technologien und ihrer rechtlichen Beherrschung zuwenden müssen. Die F.D.P. bejaht den Fortschritt und stellt sich den gesellschaftlichen Herausforderungen des Technologiezeitalters; sie setzt sich aber auch dafür ein, daß die moderne technische Entwicklung in Übereinstimmung mit der Menschenwürde erfolgt.

Schon lange vor dem Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichts haben wir Liberalen die Sicherung der Privatheit durch Verbesserung des Datenschutzes gefordert und in der Verfassung unseres Landes ein Grundrecht auf Schutz der persönlichen Daten durchgesetzt. Wir haben Vorschläge zur Regelung des Datenschutzes bei der Polizei erarbeitet. Nun muß auch der Datenschutz im Bereich des Verfassungsschutzes gesetzlich geregelt werden.

Die Ausländerpolitik ist ein wesentliches Element der Innenpolitik. Die F.D.P. unterstützt die Überlegungen, ausländische Mitbürger verstärkt an der politischen Mitwirkung zu beteiligen. Zur Zeit schon können Räte und Bezirksvertretungen zu einzelnen Punkten der Tagesordnung

Einwohner, also auch Ausländer, hören, sie können Fragestunden durchführen und zum Zwecke der Unterrichtung über bedeutsame Angelegenheiten der Gemeinde Versammlungen der Einwohner veranstalten. Durch die Änderung der Gemeindeordnung und der Kreisordnung sind Möglichkeiten geschaffen, daß auch Ausländer als sachkundige Einwohner in Ausschüssen des Rates bzw. des Kreistages gewählt und dort beratend teilnehmen können. Von dieser Möglichkeit ist bislang nur vereinzelt Gebrauch gemacht worden - die F.D.P. würde eine stärkere Inanspruchnahme dieser Möglichkeit durch die Gemeinden und Kreise begrüßen.

Die Bürger der Europäischen Gemeinschaft sollen an ihrem Wohnsitz das aktive und passive Wahlrecht zu den Gemeindevertretungen erhalten. Voraussetzung ist die Verbürgung der Gegenseitigkeit, ein zusammenhängender Mindestaufenthalt von 12 Monaten für das aktive Wahlrecht, von einer kommunalen Legislaturperiode für das passive Wahlrecht.

In allen anderen Fällen ist Voraussetzung für ein Wahlrecht auch auf kommunaler Ebene die Deutsche Staatsbürgerschaft. Die F.D.P. befürwortet die Bestrebungen der Vereinfachung zur Erlangung der deutschen Staatsangehörigkeit.

Hinsichtlich des Asylrechts setzt sich die F.D.P. für eine zügige Durchführung aller verfahrensrechtlichen und praktischen Maßnahmen ein, die einen Asylmißbrauch eindämmen, die aber das im Grundgesetz garantierte Asylrecht für politische Flüchtlinge nicht antasten. Hierzu wollen wir Liberalen auf Landesebene sicherstellen, daß alle rechtskräftig abgelehnten Asylbewerber unverzüglich abgeschoben werden, wenn sie nicht unter die Genfer Flüchtlingskonvention der Vereinten Nationen fallen oder ihnen aus politischen oder humanitären Gründen der Aufenthalt in der Bundesrepublik ermöglicht werden soll.

Die Kommunen müssen über die geplante Zuweisung von Asylbewerbern so frühzeitig wie möglich informiert und dadurch finanziell entlastet werden, daß das Land den

kommunalen Körperschaften die Ausgaben für Asylberechtigte und die Verwaltungskosten erstattet.

SCHWERPUNKT: RECHTSPOLITIK

Die Lage:

Die Justiz in Nordrhein-Westfalen ist überlastet, die Verfahrensflut steigt, die Bürger leiden unter der überlangen Dauer von Prozessen aller Gerichtszweige. Die Justiz erscheint dem Bürger fremd. Die große Mehrzahl der Schüler lernt nicht einmal die Grundlage des Rechts, die im täglichen Leben eine große Rolle spielt. Nach der langjährigen SPD-Herrschaft ist die Rechtsstaatlichkeit in Nordrhein-Westfalen nicht mehr in allen Punkten gewährleistet. So wurden rechtsfreie Räume (Hausbesetzungen) und Gesetzesverletzungen aus politischen Gründen (Brückenblockaden) geduldet. Dadurch hat das Vertrauen der Bürger an Rhein und Ruhr in Recht und Gesetz Schaden erlitten.

Die liberale Perspektive:

Für uns Liberale steht der Schutz des Bürgers in seinem Verhältnis zum Staat, z.B. durch Verfahrensgarantien, obenan. Recht und Gesetz müssen der verbindliche Rahmen für das friedliche Zusammenleben der Bürger bleiben. Daher lehnt die F.D.P. jeden Versuch ab, Strafrechtsnormen wie den Tatbestand der Nötigung unter Berufung auf vermeintlich höherrangige Werte in Frage zu stellen. Der Staat darf den Schutz verfassungsrechtlicher geschützter Rechtsgüter nicht vernachlässigen. Deshalb fordern wir mit Nachdruck, den sogenannten Eierdieberlaß der SPD-Landesregierung (Einstellung des Verfahrens bei Eigentumsdelikten mit einem Schaden bis zu 100,-- DM) schnellstmöglich aufzuheben.

Wir Liberalen plädieren dafür, zur Förderung des Rechtsbewußtseins den Rechtskundeunterricht an unseren Schulen deutlich zu verstärken. Die F.D.P. garantiert die Unabhängigkeit der dritten Gewalt. Die von der SPD angestrebte Politisierung des Rechtswesens durch Richterausschüsse, die nach politischen Mehrheiten

entscheiden, findet mit uns Liberalen nicht statt. Das Land muß verstärkt auf Regelungen zur Verkürzung der Verfahrensdauer, vor allem in zivil-, verwaltungs- und finanzgerichtlichen Verfahren hinwirken. Dabei ist durch eine beständigere Einstellungspolitik eine ausgewogene Altersstruktur bei den Gerichten herbeizuführen.

Wir Liberalen stellen fest, daß die technische Ausstattung der Justiz in NRW eklatant rückständig ist. Insbesondere der Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung muß beschleunigt vorangetrieben werden. Die Justiz selbst sollte sich um mehr Bürgerfreundlichkeit bemühen, um Vorbehalte und Ängste bei Prozeßbeteiligten und Zeugen abzubauen.

Gerade im Hinblick auf den europäischen Binnenmarkt ist die Juristenausbildung reformbedürftig. Die jungen Juristen werden zu lange und zu stark als "Justizjuristen" ausgebildet.

Der Strafvollzug in Nordrhein-Westfalen muß den geänderten Bedingungen (geringere Belegungszahlen, längere Strafzeiten) angepaßt werden. Die F.D.P. bekennt sich zum Prinzip der Resozialisierung. Dabei schließen sich Resozialisierung und Sicherheit in den Vollzugsanstalten nicht aus. Der Hafturlaub bleibt für uns ein Mittel, die Wiedereingliederung nach der Haft vorzubereiten. Aber im Zweifel muß die Sicherheit der Bevölkerung Vorrang haben. Das Land muß sich verstärkt um die Reform des Staatshaftungsrechts bemühen.

SCHWERPUNKT: JUGENDPOLITIK

Die Lage:

Das politische Interesse und Engagement von Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen ist nicht so gering, wie es häufig dargestellt wird. Der meist freiwillige Einsatz von Jugendlichen in Naturschutzverbänden und Bürgerinitiativen beweist, daß die "Null-Bock"-Haltung nicht durchgängig vorhanden ist. Das Engagement der Jugendlichen

geht indes vielfach an den traditionellen Trägern der Willensbildung, den Parteien, vorbei.

Die liberale Perspektive:

Jugendliche mit dem Willen zum politischen Engagement sollen bei uns Liberalen nicht das Gefühl bekommen, in einer Zuschauerdemokratie zu leben. Wir wissen, daß bei Jugendlichen aus dem Gefühl der Ohnmacht Radikalität bis hin zur völligen Staatsverdrossenheit entstehen kann. Die F.D.P. fordert daher die Einrichtung von Jugendgemeinderäten, die den Kommunalparlamenten zur Beratung in jugendpolitischen Fragen zur Seite gestellt und von den noch nicht wahlberechtigten 14-18jährigen Bürgern gewählt werden. Erfahrungen aus Baden-Württemberg belegen, daß über die Mitwirkung von Jugendgemeinderäten eine bedarfsgerechte Jugendpolitik möglich ist. Darüber hinaus fordert die F.D.P., daß noch bestehende Zensurmöglichkeiten gegen Schülerzeitungen abgeschafft werden. Es gehört aus der Sicht der F.D.P. zum Bildungs- und Erziehungsauftrag unserer Schulen, daß dort für Schülerzeitungsredakteure Pressefreiheit auch erlebbar und nicht willkürlich einschränkbar ist.

Bei insgesamt für Jugendliche günstigen Verhältnissen am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt wird besonders deutlich, daß es Jugendliche gibt, denen wesentliche Voraussetzungen für ihre Aus- und Weiterbildung fehlen. Sie fallen angesichts allgemein gestiegener Qualifikationsanforderungen oft durch alle Raster. Diese Jugendlichen sich selbst zu überlassen, hieße vielfach, sie in eine kriminelle bzw. von Drogen bestimmte Karriere abgleiten zu lassen. Um ihnen effektiver zu helfen, müßten verstärkt projektbezogene Aktivitäten gefördert werden. Kinder sind oft die schwächsten Mitglieder unserer Gesellschaft. Für sie wollen wir Liberalen eine Lobby sein. Gerade Kinder von alleinerziehenden Eltern brauchen, wenn ihre Väter oder Mütter berufstätig sind, angemessene Betreuungsangebote in Kindergärten oder altersgemischten Gruppen.

Gegenüber beruflich qualifizierten jungen Frauen, die ihren Beruf mit einer Familiengründung vereinbaren wollen, hat das Land seine Verpflichtung zur Errichtung

von kindgerechten Betreuungsmöglichkeiten sträflich vernachlässigt und seine Frauenpolitik stattdessen auf die Durchsetzung von Quotenregelungen fixiert.

Die Liberalen setzen sich für ein flächendeckendes Kindergartenangebot mit flexiblen Öffnungszeiten ein. Dabei soll kleinen Gruppen der Vorrang gegeben werden. Die F.D.P. befürwortet den verstärkten Einsatz von Erziehern, um einseitige Rollenbilder abzubauen.

Das überbürokratische System der Kindergartenförderung durch das Land ist zugunsten einer Verlagerung von Organisationsverantwortung auf die örtliche Ebene zu verändern. Das Land darf sich dabei nicht seiner Verpflichtung zur finanziellen Förderung entziehen.

SCHWERPUNKT: GLEICHSTELLUNG VON MANN UND FRAU

Die Lage:

Die Gleichberechtigung von Mann und Frau ist ein Gebot unseres Grundgesetzes. Die gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Wirklichkeit sieht aber auch in NRW nach wie vor anders aus:

Noch immer nutzen Mädchen nicht dieselben Bildungsmöglichkeiten wie Jungen. Nach wie vor konzentrieren sich Mädchen auf frauentypische Berufe und verschließen sich den Chancen neuer Berufsfelder; noch immer ist es im privaten, im wirtschaftlichen und im staatlichen Bereich unverhältnismäßig wenigen Frauen möglich, Spitzenpositionen einzunehmen, und in den Parlamenten und Regierungen sind die Frauen unterrepräsentiert.

Heute streben Frauen vermehrt berufliche Ausbildung an und wollen Chancen im Berufsleben wahrnehmen. Die fortschreitende Technisierung der Hausarbeit und der Trend zur Kleinfamilie führen dazu, daß der Hausfrauenberuf nur noch für einen Teil der Frauen, oft nur noch für einen begrenzten Zeitraum, als sinnvolle Lebensaufgabe angesehen wird. In dem Maße, wie das Interesse der Frauen am Einstieg ins Berufsleben wächst, verstärkt sich das

Bewußtsein, daß die Aufgaben der Haushaltsführung und Kindererziehung in gemeinschaftlicher Aufgabe von Mann und Frau aufzuteilen und zu erledigen sind.

Im Unterricht soll das Interesse der Mädchen an den Naturwissenschaften und den technischen Fächern und das Interesse der Jungen an Fremdsprachen stärker geweckt werden.

Außerdem sollten die Inhalte von Schulbüchern, Schulfunk und -fernsehen dem Gleichberechtigungsgebot des Grundgesetzes entsprechen. Lehrpläne sollen überarbeitet und das Thema "Gleichberechtigung" - soweit nicht bereits geschehen - als Unterrichtseinheit aufgenommen werden. Darüber hinaus soll auf die Aufteilung der traditionellen Rollenaufgaben nach Mann und Frau verzichtet werden.

Frauenförderungsmaßnahmen sind gerade auch im Hochschulbereich zu ergreifen. Denn trotz der steigenden Anzahl qualifizierter Frauen hat sich die Präsenz von weiblichen Lehrkräften nicht wesentlich verbessert.

Die F.D.P. fordert daher den Abbau bürokratischer Hemmnisse für Frauen, die an der Hochschule eingestellt werden wollen. Dazu gehören z. B. das Höchstalter für bestimmte Berufseinstiege und überflüssige Formvorschriften für die Habilitation. Zur Vereinbarkeit von Familie und Studium sollen - ähnlich den Betriebskindergärten von Unternehmen - entsprechende Einrichtungen an den Hochschulen geschaffen werden.

Die immer wieder auftretenden Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt dürfen nach Auffassung der F.D.P. nicht als Begründung dafür dienen, Frauen beispielsweise in und nach der Familienphase von qualifizierter beruflicher Tätigkeit fernzuhalten. Vielmehr ist bei Neu- und Umverteilung von Arbeit der Anteil der Frauen angemessen zu berücksichtigen. Nicht die vorgefundene Situation im beruflichen Leben soll die Lebensgestaltung der Frau bestimmen. Vielmehr sollten vermehrt Arbeits- und Berufssituationen so gestaltet werden, daß diese den

besonderen Lebenssituationen von Frauen angemessen sind, insbesondere während der Familienphase.

Dies wird vorrangig dadurch erreicht, daß Eltern besser als bisher ihre Kinder z.B. in Kindergärten und -horten, Kindertagesstätten oder Betriebskindergärten betreuen lassen können.

Wir Liberalen wollen der Forderung nach einer stärkeren Flexibilisierung der Arbeitszeiten und nach Ausbau der Teilzeitarbeitsplätze ebenso Nachdruck verleihen wie der Forderung nach verbesserten Wiedereinstiegschancen von Frauen in den Beruf, die sich eine Zeit nur der Familie gewidmet haben. Betriebe und Unternehmen müssen auch angesichts der demographischen Entwicklung aus Eigeninteresse mehr Ausbildungsangebote für Mädchen im gewerblich-technischen Bereich und in den neuen Berufen schaffen.

Da, wo diese Angebote nicht ausreichen, müssen überbetriebliche Ausbildungsverbundsysteme für Jungen und Mädchen genutzt oder erweitert werden, zu denen sich sowohl Betriebe wie Kammern, Gewerkschaften, öffentliche Arbeitgeber und freie Träger zusammenschließen können.

Die F.D.P. wird keine Quotierungen einführen. Diese führen leicht zur Wahl von Alibifrauen und zur nicht leistungsgerechten Auswahl. Liberale Frauen stellen sich dem Wettbewerb. Bei gleicher Qualifikation müssen Frauen aber nicht nur rechtlich, sondern auch faktisch gleiche Chancen haben. Quotenregelungen führen eher zum Nachteil von Frauen. Sie lösen überdies immer den Verdacht aus, als ob Ernennungen und Berufungen weniger die Qualifikation als die Eigenschaft "Frau" im Auge haben.

Die F.D.P. wird sich dafür einsetzen, daß die verfassungswidrigen Regelungen des sogenannten Frauenförderungsgesetzes unter Beachtung des Diskriminierungsverbotes durch verfassungsrechtlich unbedenkliche Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Chancen von Frauen ersetzt werden.

SCHWERPUNKT: MEDIENPOLITIK

Die Lage:

Unter der SPD-Alleinherrschaft ist das Land NRW unverantwortlich lange Zeit zur medienpolitischen Diaspora herabgedrückt worden. Zunächst ungeachtet der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts über ein geregeltes Nebeneinander von öffentlich-rechtlichem und privatem Rundfunk in der Bundesrepublik hat es die Rundfunk-Administration verstanden, eine Privatfunk-Verhinderungspolitik zu betreiben.

Das von der absoluten SPD-Mehrheit abgesegnete Landesmediengesetz und die Gesetzgebung über den Westdeutschen Rundfunk, den die SPD sozusagen als ihr Eigentum betrachtet, waren darauf angelegt, dem öffentlich-rechtlichen Rundfunksystem gegenüber den privaten Veranstaltern von Funk und Fernsehen eindeutige Wettbewerbsvorteile zu verschaffen.

Die Zeitungsverlage wurden als Doppel-Monopolisten verteufelt und das Ausstrahlen von privaten Programmen als kulturschädlich bezeichnet. Erst in jüngster Zeit scheint es den Sozialdemokraten zu dämmern, daß sich die privaten Sender im dualen Rundfunksystem zu einer von den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten durchaus ernstzunehmenden Konkurrenz gemauert hat.

Die liberale Perspektive:

Das Ziel der F.D.P. ist ein freier Medienmarkt, auf dem jeder Bürger bundesweit diejenigen Programme und Informationen abrufen kann, die er haben will. Wir wenden uns gegen das steife Festhalten an überlebten Positionen und Strukturen in der Medienpolitik der Landesregierung und fordern mehr Aufgeschlossenheit gegenüber den Möglichkeiten und Chancen, die eine durch Wettbewerb aufgelockerte Medienlandschaft bietet. Wir Liberalen sehen, daß sich die materielle Überlegenheit der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten im Medienwettbewerb, vor allem auch die gesicherte, vom Bundesverfassungsgericht als Bestands- und Entwicklungsgarantie vorgesehene Finanzierung über Gebühreneinnahmen gründet, während die

privaten Wettbewerber sich aus Werbeeinnahmen finanzieren müssen. Dies hat zu einer Verzerrung des Wettbewerbs hinsichtlich der Programmbeschaffung und der Programmverbreitung geführt.

Nach liberalem Verständnis wird es ein echtes duales Rundfunksystem erst dann geben, wenn sich die Finanzsituation der privaten Rundfunkanstalten grundlegend gebessert hat. Wir meinen, um Chancengleichheit herzustellen und die strukturellen Vorteile des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auszugleichen, sollte der öffentlich-rechtliche Rundfunk auf die Gebühreneinnahmen beschränkt werden.

Ein Werbeverbot für die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten muß nach Auffassung der F.D.P. nicht zwangsläufig zu einer Erhöhung der Rundfunkgebühren führen. Es ist vielfach klar nachgewiesen worden, daß es bei den öffentlich-rechtlichen Anstalten Rationalisierungsreserven und ein Potential für Kostensenkungen gibt.

Das mit ideologischen Fallstricken reichlich versehene Landesrundfunkgesetz NRW hat es bis heute nicht vermocht, Lokalfunk in NRW zu etablieren. Deswegen will die F.D.P. dieses Gesetz so verändern, daß - unserem Wirtschaftsrecht entsprechend - sich auch in Nordrhein-Westfalen wirklich privater Rundfunk auf lokaler Ebene betätigen kann. Nach unserer Auffassung sollte die 5. Hörfunkkette, die landesweit eingerichtet werden kann, nicht an den Monopolisten WDR vergeben werden, der bereits vier Ketten in NRW unterhält. Die fünfte Kette sollte ausschließlich für private Anbieter zur Verfügung stehen. Hinsichtlich des WDR's werden wir Liberalen darauf achten, daß der Einfluß der Parteien im Rundfunkrat so klein wird, wie es das Gebot der Staatsferne vom Rundfunk fordert.

Für alle Veranstalter von Rundfunkprogrammen gelten die Grundsätze: Bindung an die verfassungsmäßige Ordnung, Verpflichtung zur Wahrheit, Achtung von Minderheiten, Beachtung von Jugendschutzvorschriften.

Wir werden auch darauf achten, daß die zur Förderung und Kontrolle von privatem Funk- und Fernsehgeschehen geschaffene Landesanstalt für Rundfunk mit ihrem üppigen Jahresetat von rd. 20 Mio DM nicht zum verlängerten medienpolitischen Arm der Düsseldorfer Staatskanzlei degeneriert. Wir bleiben der Anwalt des Bürgerrechts auf Informations- und Meinungsfreiheit.

SCHWERPUNKT: KULTURPOLITIK

Die Lage:

Nordrhein-Westfalen gehört zu den vielfältigsten Kulturlandschaften Europas. Die Zahl der Opernhäuser, Sprechtheater und Konzertsäle an Rhein und Ruhr, Lippe und Emscher ist Legion, wie die Museen, Filmtheater, Kabaretts und Kleinkunstabühnen.

Die Kulturszene wird hauptsächlich getragen und finanziert von den Kommunen und privaten Initiativen. Kulturförderung ist jedoch gemeinsame Aufgabe von Kommunen und Land. Das Land kommt dieser Aufgabe nur zögerlich nach. Im Ländervergleich ist der Kulturretat Nordrhein-Westfalens der magerste.

Die liberale Perspektive:

Wir, die Freien Demokraten meinen: Offenheit, Vielfalt und Wettbewerb sind in der Kulturpolitik tragende liberale Grundsätze. Liberale Kulturpolitik in und für Nordrhein-Westfalen muß pluralistisch sein. Fördermittel dürfen nicht nach parteipolitischen Gesichtspunkten vergeben werden. Die F.D.P. plädiert für eine Kooperation zwischen privater und staatlicher Kulturförderung.

Mit Nachdruck fordern wir, daß Kulturinstitutionen in unserem Land mit modernen Managementmethoden geführt werden. Eine gezielte, modern organisierte Kulturpolitik ist nicht zuletzt ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor, der gerade für unser Land Nordrhein-Westfalen von großer Bedeutung ist. Geldgeber und wirtschaftlich orientiertes Management dürfen jedoch keinen unmittelbaren Einfluß auf die kulturelle Auseinandersetzung oder das künstlerische

Schaffen überhaupt nehmen. Sponsoring kann immer nur Korrektiv der öffentlichen Kulturpolitik bleiben.

Wer meint, daß Kultur von öffentlicher Relevanz ist, muß auch haushaltspolitische Konsequenzen ziehen. Wir entlassen den Staat nicht aus seiner Verpflichtung zur Kulturförderung, werden aber stets bestrebt sein, privates Mäzenatentum zu verstärken. Liberale unterstützen die freien Initiativen auch außerhalb staatlicher und kommunaler Kultureinrichtungen. Wir bejahen experimentelle und traditionelle Kulturformen gleichermaßen. Zur Kultur gehört für uns auch die freie Kultur. Besondere Bedeutung kommt dabei deutsch-ausländischen Kulturinitiativen zu, die unser Kulturleben bereichern und dazu beitragen, Mißverständnisse abzubauen.

Die Kultur entsteht im kleinen und überschaubaren Lebensraum, so daß die kulturpolitischen Finanzierungsanteile des Landes nach Auffassung der F.D.P. gebündelt an die Kommunen gegeben werden sollten, um die Entscheidungsräume der Kommunen zu erweitern. Das Land Nordrhein-Westfalen wird dadurch nicht der Pflicht enthoben, eine eigene Kulturstrategie für die Zukunft zu entwickeln. Wir Liberalen unterstützen uneingeschränkt die Förderung des Kulturlebens durch Stiftungen. Dem muß ein attraktiveres Stiftungssteuerrecht Rechnung tragen. Gerade jetzt, in einer Zeit tiefgreifender, struktureller Veränderungen, nicht zuletzt durch umwälzende neue Technologien, ist es die Aufgabe der Politik, den Stellenwert der Kultur anzuheben. Die F.D.P. hält es daher für wichtig, daß die Kultur als ausgleichendes Gegengewicht im Leben des Menschen mehr Bedeutung bekommt. Bei der sinnvollen Gestaltung der immer größer werdenden Freizeit bietet aus der Sicht der Liberalen kulturelle Entfaltung eine echte Chance zur besseren Daseinsbewältigung.

Ein wichtiger Schwerpunkt muß in Zukunft der Bereich der Kinder- und Jugendkulturarbeit werden, denn auch die Kultur, die Kulturarbeit und die Kulturpolitik brauchen Nachwuchs. Angesichts verstärkten Medien- und Videokonsums brauchen Kinder für ihren Kopf und für ihr Herz mehr

an Phantasie, an Spaß, an Kreativität, an Spiel, eben mehr an kulturellem Erleben. Dazu bedarf es gemeinsamer Anstrengungen von Land und Kommunen und flexibler Förderinstrumente auch des Landesjugendplanes, der für die Förderung örtlicher Kinder- und Kulturarbeit - bei flexibler Handhabung in den Städten - in Zukunft einen neuen Schwerpunkt setzen muß.

SCHWERPUNKT: SPORT- UND FREIZEITPOLITIK

Die Lage:

Die F.D.P. betrachtet die Unterstützung des Sports als Pflichtaufgabe durch den Bund, das Land und die Gemeinden. Verantwortungsbereiche und Kontrollfunktionen der an der Sportförderung beteiligten Partner sind klar gegeneinander abzugrenzen. Im Bereich des Landes NRW nimmt die Förderung des Breiten- und Freizeitsports die zentrale Stellung ein. Es ist nicht Aufgabe der öffentlichen Hand, den Berufssport zu fördern.

Die liberale Perspektive:

Wir Freien Demokraten wollen:

- die Sportselbstverwaltung stärken,
- Vereins- und private Initiativen unterstützen,
- die Finanzmittel für die Sportförderung effektiver einsetzen,
- die Bedingungen im Schul- und Hochschulsport verbessern.

Der Verein ist der entscheidende Träger sportlicher Betätigung. Freizeit-, Breiten- und Leistungssport haben dort ihre gemeinsame Grundlage. Die Vereine sollen sich dort ihre gemeinsame Grundlage. Die Vereine sollen sich auch zukünftig weiter selbst verwalten können. Voraussetzung hierzu ist eine Verbesserung der Bedingungen ehrenamtlicher Mitarbeit sowie eine verstärkte Förderung der Übungsleiter. Gesetze, Verwaltungsvorschriften und Richtlinien der öffentlichen Verwaltung sind zu vereinfachen. Land und Gemeinden sollen die Vereine im partnerschaftlichen Verhältnis materiell und ideell hinreichend unterstützen.

Die eigenen Kräfte und Mittel des Sports reichen in den meisten Fällen nicht aus, die ihm überantworteten Aufgaben zu erfüllen. Die öffentliche Hand hat daher durch finanzielle Unterstützung und steuerliche Entlastung Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten. Die Erhöhung der Übungsleiterpauschalen wird von der F.D.P. fest ins Auge gefaßt.

Der Schulsport bietet die unwiederbringliche Möglichkeit, die Bereitschaft zu lebenslangem Sporttreiben zu entwickeln. Er ist nicht nur Vermittler zwischen Breitensport und Leistungssport, sondern auch von herausragender Bedeutung für die Bildungs-, Sozial-, Freizeit- und Gesundheitspolitik. Daher muß der Schulsport als unverzichtbarer Teil der Erziehung stärker als bisher gefördert werden.

Mediziner beklagen in zunehmendem Maße bei unseren Schülerinnen und Schülern orthopädische und Kreislaufschäden. Dies unterstreicht die Notwendigkeit des fachgerechten Sportunterrichts für die gesundheitliche Erziehung der Jugend. Der überdurchschnittlich hohe Unterrichtsausfall im Schulfach Sport an allgemeinbildenden Schulen, besonders aber auch an berufsbildenden Schulen, muß abgebaut und ein entsprechender Lehrernachwuchs eingestellt werden. Für die schulsportliche Gesundheitsvorsorge ist eine regelmäßige Untersuchung einzuführen. Einstellung und Lehrerfortbildung müssen das kontrollierbare Ziel haben, jede Grundschule mit mindestens einer qualifizierten Sportlehrkraft zu versorgen.

Zur Behebung des Sportlehrermangels sind mittelfristig die vom Kulturministerium geplanten Nachqualifikationsmaßnahmen einzurichten, kurzfristig im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen Schule und Verein ist Übungsleitern der Vereine die Möglichkeit zu geben, Sportunterricht in Zusammenarbeit mit dem fachfremden Pädagogen zu erteilen.

Der Sport in der Hochschule ist für Studenten ein wichtiger Bildungs- und Integrationsfaktor. Er ist an allen Hochschulen zu unterstützen und nicht nur dort zu realisieren, wo es sportwissenschaftliche Institute gibt.

Die F.D.P. bekennt sich zu sportlicher Höchstleistung. Sie wendet sich daher gegen die Absonderung des Leistungssports von den übrigen Bereichen des Sports. Leistungssport baut auf dem Breitensport auf und gibt ihm neue Impulse. Die F.D.P. lehnt die Anwendung von Medikamenten als Mittel zur Leistungssteigerung rigoros ab.

Freizeitsport ist Sport für jedermann. Er muß daher für alle zugänglich sein. Die technische Entwicklung führt bei den meisten Menschen zu weniger oder sehr einseitiger körperlicher Arbeit, andererseits aber zu einer höheren psychischen Belastung.

Sport als körperlicher und seelischer Ausgleich wird deshalb immer wichtiger. Freizeitsport führt zu Entspannung und mehr Lebens- und Arbeitsfreude. Er ist eine sinnvolle Freizeitaktivität. Dabei ist nicht die Leistung, sondern die sportliche Betätigung vorrangiges Ziel.

Der Sport ist besonders geeignet, neben medizinischen und berufsfördernden Maßnahmen die Rehabilitation und Integration Behinderter zu erleichtern. Sportliche Betätigung unterstützt therapeutische Maßnahmen, körperliches Wohlbefinden und Leistungsfähigkeiten.

Die Entwicklung des Sports bedarf der Unterstützung durch die Sportwissenschaft und deren Erkenntnisse. Sportwissenschaft ist nicht Selbstzweck, sie hat dem Sport zu dienen.

Wissenschaftliche Forschung trägt zum Fortschritt in der Entwicklung des Sports bei. Grundlagen- und praxisbezogene Forschung müssen sich gegenseitig anregen und ergänzen.

Neben dem Sport wird die Freizeitpolitik immer wichtiger. Liberale Freizeitpolitik erkennt und fördert den Wirtschaftsfaktor Freizeit.

Fremdenverkehr und Naherholung führen zu einem qualifizierten Angebot an Leistungen des Handwerks, der

Industrie und des Handels sowie kultureller Einrichtungen. Dadurch leisten Fremdenverkehr und Naherholung auch durch die Bereitstellung von ortsnahen Arbeitsplätzen kommunale Wirtschaftsförderung. Deshalb unterstützt liberale Freizeitpolitik alle Bemühungen, den inländischen Fremdenverkehr in den Kommunen zu fördern. Die F.D.P. fordert deshalb auf, intensiver als bisher zusammenarbeiten und regionale Freizeit- und Fremdenverkehrskonzepte zu entwickeln. Dies gilt auch und besonders für die Entwicklung eines eigenen EDV-gestützten Buchungs- und Reservierungssystems für die Fremdenverkehrsregionen. Die Vernetzung der Angebotspalette muß dazu führen, daß jedes Reisebüro nicht nur computer-gestützte Reservierungen im Ausland, sondern auch in den Fremdenverkehrsregionen Nordrhein-Westfalens vornehmen kann.

SCHWERPUNKT: HAUSHALT UND FINANZEN

Die Lage:

Nordrhein-Westfalen war viele Jahre lang das reichste Land der Bundesrepublik. Nach zehn Jahren SPD-Alleinregierung steht NRW nun am Rand einer Haushaltskatastrophe, trotz Rekordeinnahmen an Steuern und trotz Finanzhilfen der Bundesregierung in Milliardenhöhe.

Auch andere Bundesländer haben Finanzprobleme und Schulden, doch nirgendwo sind die Engpässe so besorgniserregend wie in unserem Land. Die unverantwortlich ausgeuferte Schuldenpolitik der Regierung Rau, insbesondere zu Beginn der 80iger Jahre, hat in Nordrhein-Westfalen einen Schuldenberg von inzwischen über 100 Milliarden DM aufgetürmt.

Diese unsolide Überschuldung des Landes hat bereits zu enormen Zinsbelastungen geführt. Allein 1990 muß das Land über 7 Milliarden DM - täglich 20 Millionen DM! - nur an Zinsen zahlen. Die Zinslasten schmerzen besonders, weil die Mittel heute im Kernbereich staatlicher Verantwortung (z.B. für die innere Sicherheit, für ein modernes, leistungsfähiges Bildungssystem, aber auch zur

Unterstützung des wirtschaftlichen Strukturwandels und für effektiven Umweltschutz) fehlen. Die Regierung Rau hat nicht die Kraft, den Mut, die Kompetenz, umzusteuern. Sie verwaltet den Mangel, schreibt die bisherigen Haushaltsansätze fort und plant den Galopp der weiteren Verschuldung: auf 125 Milliarden DM zum Ende 1993. An den Kreditmarkt werden dann über 8,1 Milliarden DM Zinsen - das sind 11,5 v.H. des Gesamthaushalts - gezahlt werden müssen!

Folge wird sein, wie das der frühere SPD-Finanzminister Posser prophezeit hat, daß die Zinsen den Landeshaushalt "geradezu erdrosseln".

Bei den Förderprogrammen der Landesregierung wird absichtsvoll Verwirrung gestiftet, um zu verschleiern, daß sich das Land aus seiner Verantwortung stiehlt und dort spart, wo der Bund in zahlreichen Programmen Hilfen leistet.

Die liberale Perspektive:

Die F.D.P. fordert deshalb eine entschlossene Umkehr in der Haushaltspolitik.

An den Anfang einer wirklich verantwortungsbewußten Finanzpolitik gehört deshalb eine ungeschminkte Bestandsaufnahme, gehört die Entscheidung, daß nur noch das unbedingt Notwendige finanziert werden kann - und nicht mehr all das, was einer Mehrheit politisch wünschenswert erscheint. Um die Zukunft unseres Landes zu sichern, müssen eindeutige Prioritäten festgelegt werden.

Nordrhein-Westfalen muß sich auf seine eigentlichen staatlichen Aufgaben, muß sich auf Sicherung seiner Zukunft konzentrieren!

Damit der Landtag sein vornehmstes Recht, das Budgetrecht, wirklich verantwortungsvoll wahrnehmen kann, muß zunächst das haushaltsrechtliche Instrumentarium verbessert werden. Dazu zählt ein Finanzbericht, der die Auswirkungen von Haushaltsentscheidungen im finanz- und gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang deutlich macht, mit

Aussagen zur Konzeption der zukünftigen Personalpolitik, der Entwicklung der Personalausgaben und Versorgungslasten, der Entwicklung von Subventionen und deren Effizienzkontrolle, zu den Hilfen des Bundes und der EG, zu eindeutigen Abgrenzungen der verschiedenen Förderprogramme, zur Erfolgskontrolle dieser staatlichen Zuschüsse, zu den regionalen Auswirkungen dieser Programme usw. Dazu zählt auch eine zeitnähere Einschaltung des Landesrechnungshofs, zählt die Einführung betriebswirtschaftlicher Controlling-Verfahren in die Effektivitäts- und Haushaltskontrolle.

Die F.D.P. fordert: Mit Hilfe dieses verbesserten Instrumentariums muß der Landtag als Haushaltsgesetzgeber der Regierung Rahmendaten (z.B. zur Schuldenhöhe) für die mittelfristige Finanzplanung vorgeben.

Auch auf Landesebene müssen alle Privatisierungspotentiale ausgeschöpft werden, müssen private Gelder für die Erneuerung der Infrastruktur eingesetzt werden, müssen bisher staatlich organisierte Aufgabenfelder auf private Dienstleister übertragen werden. Um die Effizienz der Verwaltung zu steigern, müssen Aufgaben ständig kritisch überprüft, müssen Doppelzuständigkeiten abgebaut, müssen oberste Landesbehörden von reinen Verwaltungstätigkeiten entlastet, muß auf die Intelligenz vor Ort vertraut und möglichst viel auf diese Ebene delegiert werden, muß rationalisiert werden, muß moderne Bürotechnik verfügbar sein, müssen private Sachverständige stärker hinzugezogen werden können.

Angesichts der Haushaltsengpässe fordert die F.D.P., den Weg für neue Finanzierungsformen für öffentliche Investitionen zu ebnen, um hier auch privates Kapital einsetzen zu können.

Die F.D.P. verknüpft die Forderung nach einem neuen Anfang in der Haushaltspolitik mit der Forderung, das Abrutschen unserer parlamentarischen Staatsform in einen Parteienstaat zu verhindern: Der Landeshaushalt darf nicht als Selbstbedienungsladen für Parteiinteressen mißbraucht werden. Die F.D.P. will verhindern, daß

"gefälligkeitsdemokratische" Ausgaben noch länger mit Hilfe von Staatskrediten finanziert werden können.

Weil die Verschuldungspolitik der Regierung Rau unsolidarisch gegenüber den nächsten Generationen, undemokratisch, unmoralisch und ohne jede Perspektive ist, fordern die Liberalen einen entschlossenen Abbau der jährlichen Neuverschuldung, muß es eine neue Obergrenze für die Höhe der Schulden geben.

Dieser Weg ist schmerzlich für viele und fordert Mut. Doch er ist unerläßlich,

- wenn wir weiter die Entwicklung unseres Landes gestalten und verhindern wollen, daß die Zinslasten den Haushalt vollends erdrosseln,
- wenn wir nicht der Generation unserer Kinder völlig unzumutbare, lähmende Lasten aufbürden wollen.

An den F.D.P.-Landesverband Nordrhein-Westfalen,
Sternstraße 44, 4000 Düsseldorf 30:

- 0 Ich bin an weiterem Informationsmaterial der F.D.P. interessiert.
- 0 Ich möchte Mitglied werden.
- 0 Ich möchte ein persönliches Gespräch mit einem F.D.P.-Vertreter.

Vorname, Name: _____

Straße/Haus-Nr.: _____

Postleitzahl/Wohnort: _____